

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabeorten und Filialen monatl. 3.89 zł, vierteljährlich 11.66 zł. Bei Postbezug monatl. 7.50 zł, Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 44

Bromberg, Mittwoch, den 24. Februar 1937.

61. Jahrg.

Einheit von Staat und Nation!

Erste Randbemerkungen zur Botschaft
des Obersten Roc.

(Von unserem händigen Warschauer
Berichterstatter.)

Das staatspolitisch wichtigste und wesentlichste neue Moment in der vom Obersten Roc verlesenen Botschaft bildet ohne Zweifel die zum ersten Mal seit dem Waimumsturz erfolgte feierliche Erklärung der Einheit von Staat und Nation. Der alle programmatischen Ideen und Zielsetzungen der Botschaft vom grundlegenden Gedanken der Sorge um die Behauptung und weitere Höherentwicklung der nationalpolnischen Wesensart getragen und durchdrungen sind, ergibt sich, nachdem die Identität von Staat und Nation gesetzt ist, folgerichtig für den Staat die Forderung, daß er das Gepräge der nationalpolnischen Wesensart zu tragen hat. Der Polnische Staat wurde in dieser Botschaft zum ersten Mal als Nationalstaat bezeichnet. Demgemäß wurden die dem polnischen Staatsleben gestellten Aufgaben mit dem Begriff des Nationalstaates in vollkommen logischen Einklang gebracht. Der Begriff des Staatsbürgers, der in der gegenwärtig verpflichtenden Verfassung eine noch ganz wesentliche Rolle spielt, tritt in der Botschaft des Obersten Roc in den Hintergrund und ist in der Hierarchie der das Staatsleben fixierenden Begriffe zu einer nicht näher bestimmten, doch offenbar schon geringeren Bedeutung herabgesunken.

Der Staatsbürger ist entweder Nationalpole oder Angehöriger einer nationalen Minderheit. Die Botschaft wendet sich an den Nationalpolen, appelliert an sein nationales Gemeinschaftsgefühl und mahnt ihn an die aus diesem Gemeinschaftsgefühl sich ergebenden Pflichten gegenüber der vom Nationalstaat zu erfüllenden Mission, die eine nationale Gemeinschaftsmission ist. Dem Staatsbürger, welcher einer nationalen Minderheit angehört, werden die durch die historischen Gegebenheiten geschaffenen Belange unter Berufung auf die polnische Tradition der Toleranz wohl zugestanden, doch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß diese Belange in keiner Weise die nationalpolnische Staatsentwicklung und die polnische Mission des Staates stören oder beeinträchtigen dürfen. Die Trennung zwischen dem Nationalpolentum und den nationalen Minderheiten in Polen läßt in der Botschaft an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Fragen über Fragen dürften indessen durch die Tatsache hervorgerufen werden, daß in der Botschaft sich gar keine, auch nur von fern andeutende Bestimmung darüber vorfindet, welche Merkmale über die Zugehörigkeit zur nationalpolnischen Volksgemeinschaft und demnach über die Teilnahme an dem staatsgestaltenden Schaffen und der erhöhten Verantwortlichkeit für dieses Schaffen zu entscheiden haben. Daß die Botschaft sich bezüglich dieses Punktes nicht ausdrückt, und hier eine sehr in die Augen fallende Lücke offen läßt, zeugt von einer durch staatsmännische Erwägungen diktierten Behutsamkeit, der eine starke zeitbestimmte Beredsamkeit innewohnt. Das hängt sehr innig mit dem Geist der Botschaft zusammen, in der jede Anknüpfung an eine bestimmte Doktrin gänzlich vermieden wird.

Das tatsächlich Dringendste wird aber nicht ganz umgangen. Von den nationalen Minderheiten ist es die jüdische Minderheit, die allein erwähnt wird, und zwar im Verhältnis zur Wahrung des nationalpolnischen Charakters des Staates. Damit wird hündig und mit hinreichender Deutlichkeit auf ein bestimmtes Problem hingewiesen, als dessen Träger die jüdische Minderheit formell anerkannt wird. Die Erwähnung der jüdischen Minderheit und des durch diese gegebenen innenstaatlichen Problems steht den Auslegungen eine bestimmte Grenze. Mit dieser Erwähnung knüpft nämlich die Botschaft an eine bestimmte Tendenz des traditionellen polnischen Nationalismus demowokratischer Prägung immerhin an und macht dem Nationalismus dieser Richtung ein unleugbares, wenn auch sehr maßvolles Zugeständnis. Dagegen läßt die Nicht-Erwähnung der anderen nationalen Minderheiten Polens vielerlei Auslegungen zu, die vorläufig noch kaum zu begrenzen sind.

Der Geist der Botschaft ist, wie gesagt, jeder Doktrin fremd. Er verwehrt jedoch nicht ein bestimmtes Bekenntnis zu dem, was der polnischen Eigenart gemäß und für das Wohl des polnischen Staatslebens unerlässlich ist, wie er es auch nicht daran fehlen läßt, daß das für die polnische Volkspolizei absolut Unannehmbare mit aller Kraft und Entschiedenheit, wenn auch mit Worten, die niemanden verletzen können, abgelehnt wird. Eine ruhige, eiskalte und dadurch um so wirksamere Ablehnung erfährt vor allem der Kommunismus.

In der Stufenfolge der Ablehnungen nimmt einen sehr sichtbaren Platz die Ablehnung und zugleich Warnung ein, welche an diejenigen Menschen und Menschengruppen gerichtet ist, welche nicht einsehen wollen, daß die Zeit endgültig vorüber ist für die Duldung einer Vielheit von Sonderwegen, politischen Spezialinteressen und Parteiouveranitäten, daß für dieses zerfahrenen Wesen kein Platz mehr sein kann in einer Welt, in der rings umher der eiserne Schritt der Völker dröhnt, denen ein einheitlicher Wille gebietet...

Von Polen wird nichts gefordert.

Die Polnische Telegraphen-Agentur verbreitet folgende Meldung aus Paris, die von der gesamten polnischen Presse in großer Aufmachung wiedergegeben wird:

Im Zusammenhang mit dem Aufenthalt des Ministerpräsidenten Göring in Polen veröffentlicht der „Matin“ und der „Petit Parisien“ ein Telegramm der Agentur „Information“ aus London, in dem behauptet wird, daß die einzige politische Konferenz, die Generaloberst Göring während seiner Anwesenheit in Warschau gehabt hat, das Gespräch mit Marschall Smigly-Rydz gewesen sei. Dabei hätte General Göring, nachdem er hervorgehoben hatte, daß er im Namen des Reichskanzlers Hitler spreche, der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die deutsch-polnischen Verhältnisse in Zukunft ebenso gut sein mögen wie bisher. Die Deutsche Regierung erhebe, so soll General Göring erklärt haben, gegenüber Polen keine territorialen Rückforderungen, und seinerseits sprach er die Hoffnung aus, daß auch Polen keine Ansprüche erhebe, die sich auf Ostpreußen beziehen würden.

Auf die deutsch-französischen Beziehungen eingehend, soll Generaloberst Göring betont haben, daß kein Konflikt Deutschland und Frankreich trenne, und daß das Deutsche Reich keine Vorbehalte gegenüber dem polnisch-französischen Bündnis habe, das es als ein reines Defensivbündnis ansehe. Vorbehalte habe es dagegen gegenüber dem französisch-sowjetrussischen Pakt.

(Von deutscher Seite liegt bisher keine Stellungnahme zu dieser von der amtlichen Polnischen Telegraphen-Agentur weitergegebenen Meldung vor.)

Rückkehr des Preussischen

Ministerpräsidenten nach Berlin.

Warschau, 22. Februar. (Eigene Meldung.) Ministerpräsident Generaloberst Göring ist am Montag früh auf der Durchreise von seinem Jagdaufenthalt beim Polnischen Staatspräsidenten in Bialowiez und den anschließenden Jagdtagen in Polesien durch Warschau gereist. Er ist abends in Berlin eingetroffen.

Die „Deutsche Rundschau“ beschlagnahmt!

Auf Antrag des Vizeproturators des Rayons I wurde die letzte Sonntags-Ausgabe der „Deutschen Rundschau in Polen“ (Nr. 42 vom 21. d. M.) gerichtlich beschlagnahmt. Beanstandet wurden einige Sätze aus dem an leitender Stelle abgedruckten Aufsatz „Wir berichten Herrn Miedziński“.

Weitere Beitrittserklärungen

zur Mitarbeit an der nationalen Einigung.

In Warschau ist ein Zentralbureau des in der Bildung begriffenen neuen politischen Lagers errichtet worden, bei dem am Montag weitere Erklärungen eingelaufen sind, die den Willen zur Mitarbeit auf dem Boden des von Oberst Roc verkündeten Programms zum Ausdruck bringen. Außer vom Schützenverband, der mit rund einer halben Million Mitgliedern die größte polnische Organisation der militärischen Vorbereitung darstellt, ferner dem Verband der Reserveoffiziere, dem Verband der christlichen Handwerker, sowie zahlreichen Innungen, Verbänden und der Legion der Jugend liegen bisher derartige Erklärungen vor: von der Vereinigung der polnischen Frontkämpfer-Verbände, die mit Freude die Entstehung eines „Lagers der Einigung des polnischen Volkes“ begrüßt, von zahlreichen Organisationen, Verbänden und Vereinigungen, die alle sozialen Bevölkerungsschichten umfassen, vom Verbands der Legionäre, der P O W, dem Verbands der Angehörigen der territorialen Selbstverwaltung u. a. m. Mit Freuden begrüßen in ihrer Erklärung die Entstehung eines Lagers des einheitlichen Gedankens und der Tat ganz Polens die polnischen Frauen-Organisationen aus Pommerellen, die gleichzeitig versichern, daß sie sich bereitwillig unter die Fahnen des Lagers stellen, um für das Wohl und die Macht der Republik zu arbeiten. Zahlreich sind auch, wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, die Beitrittserklärungen von einzelnen Bürgern aus ganz Polen.

Miedziński wird das Roc-Programm erläutern!

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, wird der Vizemarschall des Sejm Boguslaw Miedziński am 24. Februar, abends um 6 Uhr, vor dem Mikrophon des Polnischen Rundfunks das Wort ergreifen, um die programmatische Erklärung des Obersten Roc näher zu erläutern.

Austausch von Protesten

in Moskau und Warschau.

Der polnische Botschafter in Moskau hat, wie sich die polnische Presse von dort melden läßt, dem Außenkommissar Litwinow eine Note überreicht, in welcher die Polnische Regierung gegen die bolschewistische Propaganda in Polen protestiert, die Anfang Februar während des Aufenthalts eines Sowjetschiffes in Gdingen aufgedeckt worden ist. (Wir haben über diesen Fall feinerzeit ausführlich berichtet. — D. R.)

Wie die sowjetamtliche „Tas“ meldet, hat auch der Sowjet-Botschafter in Warschau der Polnischen Regierung eine Protestnote überreicht, weil — wie von sowjetrussischer Seite behauptet wird — Matrosen eines Sowjet-Schiffes im Hafen von Gdingen durch die polnische Polizei verprügelt worden sein sollen.

Moskau verwechselt Polen mit Bolschewien.

Die Sowjet-Presse begleitet die Überreichung der Note mit unverschämten Rippeleien, die alles bisher Dagewesene weit hinter sich lassen, indem sie schreibt, in Polen herrschen furchtbare und tragische Zustände, Arbeitslosigkeit und Hunger. Gefährdet sei die Bevölkerung allerdings zur Genüge, mit Terror, Polizeiwillkür, Knute und Rechtslosigkeit. Der polnischen Polizei werden von dem Blatt unmensliche Marterungen vorgeworfen. Bei Verhören — so heißt es — würden den Verhafteten Nadeln unter die Fingernägel gestochen, Gefangene schlage man mit nassen Sandfäcken und brenne ihnen mit glühenden Zigaretten die Augäpfel aus. Verhaftete Arbeiterinnen würden vergewaltigt und schwangere Frauen halbtot geschlagen.

Nach diesen haarträubenden Lügen und Beleidigungen leistet sich die „Prawda“ noch folgendes: Die Regierung Polens müsse wissen, daß Sowjet-Schiffe den zweitklassigen Hafen Gdingens nicht zum Vergnügen anliefen, sondern um Handelsgefächte zu tätigen, an denen Polen mehr interessiert sei als die Sowjetunion.

Militärpolitische Verhandlungen Moskau-Rowno

Die polnische Presse beschäftigt sich mit den militärpolitischen Verhandlungen zwischen Litauen und der Sowjetunion, in denen die Bolschewisten das Durchmarschrecht gefordert haben. Die „A. T. C.“ bemerkt: „Gegenüber der Tatsache, daß Litauen keine gemeinsame Grenze mit den Sowjets besitzt, weiß man nicht, auf welche Weise der Durchmarsch der sowjetrussischen Streitkräfte durch Litauen stattfinden könnte.“ Praktisch wäre ein solcher Durchmarsch nur unter Verletzung des lettischen oder polnischen Territoriums möglich. Der „Kurjer Poranny“ berichtet von wachsender Unruhe in den Baltischen Staaten über die Haltung Litauens und erklärt, daß dieses Land die Ursache dafür sei, daß eine Konsolidierung der Verhältnisse im Ostseeraum noch nicht erfolgt sei.

Die Oppositionspresse

zur Erklärung des Obersten Roc.

Die Verkündung der programmatischen Grundsätze, die das neu erstehende politische Lager verwirklichen will, hat in der gesamten Oppositionswelt eine schnelle, lebhaft und an Abstufungen hinsichtlich des Tons reiche Reaktion hervorgerufen. Manche Oppositionsblätter reagierten mit solcher Heftigkeit, daß der Zensor eingreifen mußte und weiße Flächen die Spalten bezeichnen, wo die Erklärung des Obersten Roc behandelt wurde. Mit in solchem Sinne ausdrucksvollen weißen Flächen sind heute das Organ des nationalradikalen „DN“, nämlich das „ABC“-Blatt, weiter das jüngste Endecken-Blatt „Zitro“ erschienen. Der „Goniec Warszawski“ und der linksradikale, antifaschistische „Goniec Powozedny“ mußten, nach Beschlagnahme ihrer ersten Ausgaben, ebenfalls zweite, „gefleckte“ Ausgaben erscheinen lassen.

Das sind alles Belege dafür, daß die Erklärung des Obersten Roc keiner apathischen Haltung der oppositionellen öffentlichen Meinung begegnet ist, daß sie vielmehr Gegenerklärungen hervorrief, die in der kritischen Analyse der Erklärung das von den Zensurbehörden gestattete Maß überschritten. Es liegen aber auch einige im Inhalt und Ausdruck gemäßigtere Ablehnungen und Stellungnahmen vor, die durch vergrämte Kleingläubigkeit oder ironische Skepsis charakterisiert sind. Über eine vorsichtige Stellungnahme „halb und halb“ unter Vorbehalt einer endgültigen Meinungsäußerung geht z. B. der der sog. „Morgens-Front“ zuneigende „Piecior Warszawski“ nicht hinaus.

Die Deklaration des Obersten Roc — heißt es in dieser vorläufigen Stellungnahme des „Piecior Warszawski“ — bildet eine Entwicklungsetappe sowohl des heute in Polen herrschenden Lagers, wie auch unseres öffentlichen Lebens. Schon die Tatsache ihrer Veröffentlichung allein ist der Ausdruck einer gewissen Änderung der Handlungsweisen; da nämlich das Regierungslager bis jetzt die Methoden der Tatsachen und Taten, nicht aber die programmatische Erklärungen anzuwenden beliebte, mangelte im Handeln des Lagers immer ein Plan und ein System zu sehen war.

In der programmatischen Erklärung hat Oberst Koc die Identität der Interessen der Nation und des Staates unterstrichen, während bisher im Regierungslager die These die Oberhand hatte, daß der Staat das gemeinsame Gut aller Staatsbürger sei.

In der Erklärung fällt die sehr starke Unterzeichnung der Bedeutung der katholischen Kirche im Leben Polens auf. Im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Probleme hat sich Oberst Koc als Anhänger des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft und der wirtschaftlichen Evolution bezeichnet und sich dem Klassenkampf, vor allem aber einer kommunistischen Staatsverfassung entgegengestellt.

„Was die Einstellung zu den nationalen Minderheiten anbelangt, so berücksichtigte er nur das jüdische Problem und ließ das Verhältnis zu den slawischen Minderheiten und zur deutschen Minderheit beiseite.

„Der Ausgangspunkt der Ausführungen des Obersten Koc ist die Notwendigkeit der Stärkung der Staatsverteidigung und des Zusammenflusses der Nation um die Armee. Diese vom Marschall Smigly-Rydz ausgegebene Parole wird als Ziel von der ganzen Nation anerkannt.“

„Wie Oberst Koc sich die Verwirklichung der Konsolidierung der Volksgemeinschaft vorstellt — das hat er nicht näher gesagt. Wir kennen nicht einmal den Namen und nicht die Organisationsformen des Lagers, das von Oberst Koc aufgebaut wird. Offenbar werden diese Probleme mit der Zeit und nach Maßgabe des Fortschritts der Vorbereitungsarbeiten gelöst werden.“

Das Blatt macht schließlich darauf aufmerksam, daß die letzten von Oberst Miedziński und vom Präses des parlamentarischen Verbandes der sozialen Politik (Naprawa) Abg. Surzyski geäußerten Meinungen bezüglich der aufgestellten Thesen von der Erklärung des Obersten Koc abweichen, und zwar vor allem in der Bestimmung der Rolle der Nation im Staatsleben.

Der „Kurjer Warszawski“, das Organ des gemäßigten, weil den Forderungen des politischen Katholizismus penibel Rechnung tragenden Nationalismus von traditionellem Gepräge, nimmt einen Standpunkt ein, den man nicht anders als „gemäßigt“ bezeichnen kann. In der Besprechung, die den früheren Senator Koskowiński zum Verfasser hat, erfährt die Erklärung des Obersten Koc eine anscheinend ganz ernste Behandlung, die man jedoch mit einem heiter-ironischen Unterton zu begleiten beliebt. Koskowiński spendet nämlich den in der Koc-Erklärung ausgedrückten allgemeinen Wahrheiten uneingeschränktes Lob.

Er sagt: „Es ist immerhin politisch bildend, wenn die Allgemeinheit sich mit ewig-dauernden Wahrheiten, vernünftigen Gedanken und verständigen Wünschen bekannt macht.“ Er findet Gefallen an der großen Mäßigung, welche alle in der Erklärung enthaltenen Forderungen auszeichnet. Kurzum: er erklärt sich mit der Erklärung als dem Gedankenprodukt eines vernünftig denkenden Politikers vollkommen einverstanden. Nach alledem aber dreht Koskowiński den Spieß mit Grazie um und läßt sich in folgender Weise vernehmen:

„Die Wahrheiten, welche der Herr Oberst uns in Erinnerung gebracht hat, sind nahezu ewig. Wir sind alle mit ihnen einverstanden, alle, mit Ausnahme der Revolutionäre. Wir halten sie für unbestritten. Die einzige Frage ist: Wie sie in die praktische politische Münze einschmelzen sind...“

„Man soll — so will es Oberst Koc — danach streben, die Landbevölkerung staatsbürgerlich auszubilden. Nichts ist dringender als dies. Doch der eine von uns wird der Ansicht sein, daß dieses schöne Ziel sich ausschließlich im Wege der öffentlichen Aufklärung des Bauern in einer wahrhaftigen Selbstverwaltung und in freien öffentlichen Institutionen wird erreichen lassen, während ein anderer eher die Methode der Bildung von oben her, im Wege der Verfügungen und des Gehorsams, somit die polizeiliche Methode empfehlen dürfte.“

Weiter heißt es, daß man nach der höchstmöglichen Zusammenfassung der staatsbürgerlichen Kräfte zur öffentlichen Arbeit zu streben habe. Da in dieser Parole das Moment des Vertrauens zu den mehr oder weniger breiten nationalen Massen steht, können sich die Leute sagen: Wie soll dieses Vertrauen in der Form unserer öffentlichen Institutionen zur Geltung kommen? Darüber findet man in der Deklaration des Obersten Koc kein Wort vor.“

Weiter fragt Koskowiński, was geschehen werde, wenn die Bürger die ihnen dargereichte Hand ergreifen werden. „Wird — so heißt es ganz ausdrücklich — a. B. die parlamentarische Wahlordnung weiterhin dem arbeitssamen und dem sachkundigen den Weg zur Teilnahme versperren? Werden die territoriale Selbstverwaltung und die berufliche Selbstverwaltung weiterhin von der Staatsverwaltung beherrscht werden?“

In solchen Fragen — so schließt Koskowiński — liege das Wesen der Sache. Entweder erwartet man keine nationale Mitarbeit und dann braucht man an die Nation nicht erst zu appellieren; oder man muß, wenn man mit Recht in der Zusammenarbeit die Bedingung der Staatskraft erkennt, deutlicher sagen, was man über den formalen politischen Rahmen dieser Zusammenarbeit denkt. Eine solche Alternative liegt hier vor.“

Ufo: Skopis.

Die erste französische Kiste eingetroffen.

Amtlich wird aus Warschau bestätigt, daß die erste Kiste der neuen französischen Kredite in Höhe von 405 Millionen Frank, die einem Wert von ungefähr 100 Millionen Zloty gleichkommt, bereits in Warschau eingegangen ist. Es steht zu erwarten, daß der nächste Ausweis der Bank Polki dadurch eine ganz wesentliche Besserung zeigen wird. Durch die vorsichtige Kreditverteilung der Notenbank und die planmäßigen Bemühungen um Erhöhung der Goldvorräte ist die Deckung des Notenumlaufs und der Sofort-Verpflichtungen in den letzten Monaten von 31 auf 35 von Hundert gestiegen.

Im Jahre 1937 sind weitere Darüberweisungen aus Anleihemitteln aus Frankreich nicht zu erwarten. Dagegen sind noch Sachlieferungen auf Kredit und 135 Millionen Frank in bar aus den in Polen liegenden französischen Guthaben für den Bau der Kohlenbahn Katowiz-Gdingen im laufenden Jahre fällig.

Jüdische Schriftsteller in Bereza.

Wie der „Warszawski Dziennik Narodowy“ berichtet, sind in diesen Tagen vier jüdische Schriftsteller nach Bereza geschickt worden, weil sie kommunistische Lehren gepredigt hatten.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath in Wien.

Begeisterte Ovationen.

In der Erwiderung des Berliner Besuches des österreichischen Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Guido Schmidt, traf am Montag vor-mittag um 9.12 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug der Reichsaußenminister Freiherr von Neurath mit seiner Gattin, sowie mit den Herren seiner Begleitung, Gesandten Uchmann, Vortragenden Legationsrat von Koke und Legationsrat Altenburg auf dem festlich geschmückten Wiener Westbahnhof ein. Der österreichische Gesandte in Berlin Tausch hatte die Gäste auf ihrer Fahrt begleitet.

Zur Begrüßung hatten sich Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und Botschafter von Papen mit sämtlichen Herren der Gesandtschaft eingefunden. Von österreichischer Seite waren ferner erschienen im Auftrage des Bundespräsidenten Niklas Kabinettsdirektor Huber, Staatssekretär des Äußern Dr. Schmidt mit seiner Gattin u. a. m. Ferner waren der Beauftragte der Auslandsorganisation der NSDAP für Österreich Konsul Bernhart-Salzburg, der Beauftragte für Wien und Niederösterreich Schliephake, sowie der Schmann des Bundes der Reichsdeutschen mit dem gesamten Vorstand anwesend. Bei der Begrüßung überreichte die Gattin des Staatssekretärs Schmidt der Frau von Neurath einen herrlichen Strauß roter Rosen.

Sodann begaben sich die Gäste durch die Fürstenzimmer zum Ausgang des Bahnhofs, wo ihnen bei ihrem Erscheinen die Menge begeisterte Ovationen darbrachte. Auf dem Wege zum Hotel Imperial, wo die deutsche Abordnung als Gast der Bundesregierung während der Dauer ihres Aufenthaltes wohnen wird, umsäumten dichte Menschenmassen die Straße, so daß der Ordnungsdienst Mühe hatte, dem Wagen den Weg frei zu machen. Die Rufe „Heil Deutschland!“, „Heil Neurath!“, „Heil Hitler!“ und „Heil Österreich!“ pflanzten sich wie ein Lauffeuer fort.

Kurz nachdem Freiherr von Neurath im Hotel Imperial abgestiegen war, begab er sich in Begleitung des Botschafters von Papen, des deutschen Militärattachés Generalleutnant von Ruff und eines österreichischen Ehrenoffiziers zur feierlichen

Kranzniederlegung am Heldendenkmal.

Dort hatte eine Kompanie des Garde-Bataillons mit dem Eichenlaub am Stahlhelm Aufstellung genommen und erteilte die Ehrenbegleitung. Um 10.30 Uhr der Reichsaußenminister vorfuhr, intonierte der Spielmannszug das Deutschlandlied, das Horst-Wessel-Lied und die österreichische Bundeshymne. Freiherr von Neurath wurde durch den Kommandanten von Wien, Generalmajor Haselmayer, begrüßt. Er schritt die Front der Ehrenkompanie, die die Fahne zum Gruß senkte und das Gewehr präparierte, ab und begab sich dann mit seiner Begleitung zum Grabmal der im Weltkrieg gefallenen österreichischen Soldaten. In der Krypta des Heldendenkmals legte der Reichsaußenminister einen Kranz mit den Schleifen in den Farben des Reiches nieder. Während die Musik das Lied vom guten Kameraden spielte, verharrete er in feierlichem Schweigen vor dem Mahmal. Im Anschluß an die Feierstunde im Heldendenkmal fuhr Freiherr von Neurath nach dem Wiener Zentralfriedhof, wo er die Gräber der im Weltkrieg in Wien verstorbenen deutschen Soldaten besuchte.

Nach der feierlichen Kranzniederlegung am Ehrenmal der Toten des Weltkrieges fand noch im Laufe des Vormittags die

erste politische Zählungnahme

des Reichsaußenministers mit den verantwortlichen österreichischen Staatsmännern im Bundeskanzleramt statt. Über diese Besprechungen wurde ein Communiqué ausgegeben, in dem es heißt: „Der Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath stattete in Begleitung des Botschafters von Papen dem Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten Dr. Guido Schmidt einen Besuch ab. Anschließend wurde Reichsaußenminister von Neurath von Bundeskanzler Dr. Schuschnigg im Beisein des Staatssekretärs Dr. Schmidt empfangen. Die Staatsmänner erörterten in freundschaftlicher Weise die beide Staaten berührenden aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen.“

Herzliche Trinksprüche.

Nach dieser Aussprache empfing Bundespräsident Niklas den Reichsaußenminister am Ballhausplatz in Audienz. Hierbei waren Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten Dr. Schmidt und Kabinettsdirektor Huber anwesend. An die Audienz schloß sich ein Frühstück, das Staatssekretär Dr. Schmidt und seine Gemahlin zu Ehren des Reichsaußenministers und seiner Gemahlin im Grandhotel gab.

Im Rahmen des Frühstücks ergriß — wie DRB meldet —

Staatssekretär Dr. Guido Schmidt

das Wort zu folgender Ansprache:

Euer Exzellenz, Herr Reichsminister!

Seit meinem Aufenthalt als Gast der Reichsregierung in Berlin im November vorigen Jahres habe ich mich in Erinnerung an diesen für die beiden deutschen Staaten und das ganze deutsche Volk bedeutende erste Wiederbegegnung nach Jahren der Trennung von Herzen auf den Augenblick gefreut, in dem wir dem Außenminister des Deutschen Reichs in unserem geliebten österreichischen Vaterlande die Gastfreundschaft erwidern können. Dankbar der fruchtbarsten gemeinsamen Arbeit wie der freundschaftlichen Aufnahme in Berlin gedenkend, schätze ich mich glücklich, daß es mir vergönnt ist, Sie, Herr Reichsminister, Frau v. Neurath, und die Herren Ihrer Begleitung im Namen der österreichischen Bundesregierung in der alten, ehrwürdigen und zugleich ewig jungen Hauptstadt Wien auf das herzlichste begrüßen zu dürfen. Ich wünsche sehnlich, daß Sie während des Besuches in dieser Stadt, die Ihnen wohl nicht fremd ist, erfahren mögen, was man ihr seit frühesten Tagen nachsagt: „In Wien ist gut leben.“

Über der Freude des Wiedersehens möchte ich aber nicht vergessen, wertend festzustellen, daß der mann-hafte Entschluß des Herrn Reichskanzlers des Deutschen Reiches und des Herrn österreichischen Bundeskanzlers vom 11. Juli 1936 nicht nur einem Herzenswunsch des deutschen Volkes diesseits und jenseits der Grenzen gefolgt ist, sondern sich als eine reale Tat von großer sachlich-politischer Bedeutung sowohl für die beiden deutschen Staaten als auch für den Frieden und die ruhige politische Entwicklung Europas erwiesen hat.

Die Erfahrung, die erfreulicherweise eine Reihe von Erfolgen — die, wenn auch nicht ohne Überwindung von Schwierigkeiten, erzielt werden konnten — aufweist, hat inzwischen gezeigt, daß der im Juli 1936 beschrittene Weg der rechte Weg ist. Er führt zu keinen Luftschlössern. Aber, was unendlich mehr bedeutet, er führt sicher zwischen den drohenden Fährlichkeiten einer unsicheren Zeit hindurch. Ihr Wiener Besuch, Exzellenz, wird — das hoffen wir fest —

einen neuen Markstein auf dem Wege der geistigen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und Österreich bedeuten.

Voll guter Erwartung erfolgbringenden Zusammenwirkens und mit den besten Wünschen, daß sich unsere hohen Gäste bei uns zu Hause fühlen mögen, bitte ich alle Anwesenden, mit mir das Glas zu erheben auf das Wohl Seiner Exzellenz des Herrn Reichskanzlers des Deutschen Reiches, Seiner Exzellenz des Herrn Reichsministers des Auswärtigen und seiner Gemahlin.

Neuraths Trinkspruch.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath erwiderte nach einem Dank für die freundliche Begrüßung: Die herzliche Teilnahme, die auch die Bevölkerung dieser uralten deutschen Stadt, der ehrwürdigen Hauptstadt Österreichs, an unserem Besuch bekundet, zeigt wohl am besten, daß der Weg, den der Führer und der österreichische Bundeskanzler am 11. Juli v. J. beschritten haben, einem tiefen Herzenswunsch des gesamten deutschen Volkes entsprochen hat. Die politische Tat, die in der am 11. Juli erfolgten Aussöhnung der beiden deutschen Staaten liegt, verbunden mit der neuerlichen Willensfindung der österreichischen Bundesregierung

„ihre Politik auf jener grundsätzlichen Linie zu halten, die der Tatsache entspricht, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt“, ist zu einem wichtigen Faktor des europäischen Friedens geworden.

In Fortsetzung der feinerzeit in Berlin aufgenommenen Arbeit werden wir die uns gemeinsam betreffenden Fragen auch weiterhin in freundschaftlicher Gesinnung behandeln. Die bisherige Erfahrung läßt uns erwarten, daß wir auch in Fragen, deren Erörterung zunächst vielleicht schwierig erscheinen könnte, Lösungen finden werden, die beide Teile befriedigen.

Ich erhebe mein Glas und trinke auf das Wohl Seiner Exzellenz des Herrn österreichischen Bundespräsidenten, auf das Wohl Seiner Exzellenz des Herrn Staatssekretärs der auswärtigen Angelegenheiten.

Ordensauszeichnungen in Wien.

Der Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten Dr. Schmidt überreichte am Montag nachmittag den reichsdeutschen Gästen die ihnen vom Bundespräsidenten verliehenen Auszeichnungen, und zwar dem Reichsaußenminister Freiherrn v. Neurath das Großkreuz 1. Klasse des österreichischen Verdienstordens, dem Gesandten im Auswärtigen Amt Uchmann das Großkreuz, dem Vortragenden Legationsrat von Koke das Komturkreuz mit dem Stern, dem Legationsrat 1. Klasse Altenburg das Komturkreuz 1. Klasse, dem Legationssekretär v. Marchtaler das Offizierkreuz des österreichischen Verdienstordens.

Gute Aussichten für Franco.

Er ist besser dran als seine roten Gegner!

„United Press“ meldet aus Paris: Neutrale Beobachter äußern heute auf Grund der Verteilung der Machtbereiche zwischen Burgos und Valencia in Spanien, daß General Franco nach Verhängung der internationalen Kontrolle über Spanien weitaus größere Aussichten als Caballero hat, den Krieg lange durchzuhalten.

Sie weisen darauf hin, daß die Valencia-Regierung in Gebieten herrsche, die hauptsächlich Wein und Früchte produzieren, während fast alle Gebiete, die Milch, Butter, Getreide, Zucker und Olivenöl erzeugen, im Herrschaftsbereich Francos liegen. Noch ausschlaggebender sei, daß die Volksfront nur über verschwindend kleine Mineralvorkommen verfügt, Franco dagegen die reichen Kupfer-, Eisen- und Blei-vorkommen in Marokko und fast die gesamten Kupfervorkommen im Rio-Tinto-Bergwerk zur Verfügung stünden. Franco sei weiterhin im Besitz von 80 Prozent aller spanischen Waffenarsenale und Waffen- und Munitionsfabriken.

Freude im Hause Göbbels.

Frau Magda Göbbels, die Gattin des Reichsministers Dr. Göbbels, wurde am Freitag nachmittag von einem Töchterchen entbunden.

Endgültiger Austritt Paraguays aus dem Völkerbund.

Wie aus Genf gemeldet wird, hat die Paraguanische Regierung dem Völkerbund offiziell ihren Entschluß bekanntgegeben, sich am 24. Februar endgültig aus dem Völkerbund zurückzuziehen.

Starke Fernbeben aufgezeichnet.

Sonntag vormittag wurde von der Erdbebenwarte Stuttgart, Ravensberg und Meßstetten ein starkes Fernbeben aufgezeichnet, dem im Laufe des Tages und in der Nacht zum Montag noch verschiedene schwächere Stöße folgten. Die ersten Vorläuferwellen des Hauptbebens trafen in der Stuttgarter Erdbebenwarte um 8.14 Uhr 52 Sekunden, die zweite um 8.24 Uhr 59 Sekunden ein. Nach den Berechnungen liegt der Bebenherd im Gebiet von Nordjapan und den Kurilen-Inseln.

Über Zweck und Ziel der 2. Sichtbildausstellung Deutscher Lichtbildner in Polen (vom 20. bis 28. d. M.) ist bereits gestern an dieser Stelle berichtet worden. Die Bilderschau ist in dem neuen Vortragssaal des Kasinos (1. Stock) vorteilhaft und sachgemäß untergebracht. Für die Wertung der Bilder sind zwei Gesichtspunkte maßgebend: Die Wertung vom Gesichtspunkt der Sichtbildkunst und die Wertung der Bilder als Beiträge zur Volks- und Heimatkunde.

Wer selbst als Liebhaber des Sichtbildes unterwegs war, um mit seiner Kamera der Landschaft dieses oder jenes Schöne abzulauschen, wird sich besonders freuen an der großen Liebe und Hingabe, mit der auf unserer Bilderschau das Schöne und Aneignende im Bilde festgehalten wird. Vielleicht regt sich auch in ihm ein leiser Neid, daß ihm nie oder selten so Schönes gelungen ist. Natur und Mensch, die wir im Bilde festhalten wollen, sind nicht immer glücklich gelaunt oder zeigen der Linse oft eine gewisse Tücke. Davon werden auch unsere Aussteller erzählen können. In unserer Ausstellung freilich ist alles in glücklichen Augenblicken erfaßt und entstanden.

Auch der Nichtkenner wird stark beeindruckt durch die Schönheit und Fülle des Stoffes. Unser Rundgang führt uns zunächst zu Georg Heinze und zu seinen sehr eindrucksvollen Posener Städtebildern. Zarter im Ton arbeitet Fritz Henke. Die Landschaft Wischin (Nr. 11) ist besonders glücklich ausgewählt. In Nr. 14 ist eine beachtliche Form einer Windmühle im Bilde festgehalten. Robert Kitzler bietet zwei stimmungsvolle Bilder von der Weichsel, Lütman Bild von Rheden. Preuß' Dorfbilder und besonders sein „Alter Kolonist“ und die „Alte Spinnerin“ sind sehr kennzeichnend und gelungen. Der Posener Landadel ist durch die Bilder Hans von Rosens gut wiedergegeben.

Nun kommen wir zu Ernst Stewner, dem Urheber und Hauptbeteiligten der Ausstellung. Stewner ist diesmal mit Studien aus fast allen Landschaften vertreten. Dies läßt vermuten, daß er einst den gesamten Stoff sichten und zu einem großen Sammelwerk in Buchform gestalten wird. Stewner leistet sein Größtes in der Gestaltung seiner vielen Bauernköpfe, die bisweilen bis überlebensgroß vergrößert sind.

Alfred Riß legt mit seinen Bildern aus Kongresspolen weniger Wert auf Wirkung, liefert aber höchst beachtenswerte Beiträge für Volks- und Landeskunde. Dies letztere gilt auch von Tieselotte Larje (Nr. 61, 62). Sehr glücklich und kennzeichnend sind ihre Bauernbildnisse. Bei Waldemar Rode (67, 69, 71, 80) sprechen Dorf und Bauernhaus aus dem Lodzer Land in warmer Föhrung zu uns. Eduard Czerny's „Deutsches Bauernhaus“ und „Deutsche Frauen in Galizien“ gehen stark an Herz und Gemüt. Sehr beachtliche Bauernbildnisse und Einzelheiten über alle Handwerksformen aus Wolhynien bietet noch einmal Ernst Stewner und Steblungsanlagen aus Wolhynien Ernst Heinrich.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 23. Februar.

Wechselnd bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde bis starke Bewölkung mit einzelnen Schneehauern an.

Ein Betrüger verhaftet.

Der Polizei ist die Mitteilung geworden, daß der 30jährige Michal Drlowski, wohnhaft Pod Blankami (Mauerstraße) 19, seit längerer Zeit Betrügereien verübe. Die Betrügereien bestanden darin, daß Drlowski angeblich eine Vermittlungsstelle eröffnet habe, um für Dienstpersonal Anstellungen zu beforgen. Er verstand es, in raffinierter Art seine Kunden zu suchen und zu finden. Vornehmlich waren es Dienstmädchen, denen er einredete, daß er in der Lage sei, ihnen Stellen zu beforgen.

Der Kreis seiner Kundenschaft war schließlich nicht sehr klein, denn die große Zahl der Stellungsuchenden ergab für ihn ein lohnendes Feld für seine Betrügereien. Es ist nur selbstverständlich, daß sich der famose Stellenvermittler für seine „Ankosten“ kleine „Manipulationsgebühren“ im voraus zahlen ließ. Diese Gebühren erreichten vielfach den Betrag von 10 und 15 Zloty. Nicht in einem einzigen Falle hat der Betrüger eine Stellung beforgen können. Es ist vielmehr festgestellt worden, daß er auch nicht im geringsten daran dachte, für das erhaltene Geld um eine Stellenvermittlung bemüht zu sein. Die Ungeduld der Kundenschaft nahm schließlich auch ein Ende. Die Betrügereien wurden der Polizei gemeldet, die bei der Untersuchung die Feststellung machte, daß Drlowski die ergaunerten Beträge (etwa 300 bis 400 Zloty) in den Vorortkneipen der Stadt verzecht hat. Die Polizei hat den Betrüger verhaftet.

§ Schnell ertappt. Der in der ul. Garbary (Albertstraße) 20 wohnende Wladyslaw Swiatkowski meldete am Sonnabend der Polizei, daß ihm aus dem Schubfach des Schreibtisches 175 Zloty gestohlen worden seien. Die Polizei machte sofort die Feststellung, daß die bei dem Bestohlenen beschlagnahmte Aufwärterin Gertruda Sieradzka am gleichen Tage verschunden sei. Die Kriminalpolizei kam auf den glücklichen Gedanken, die abfahrenden Züge zu beobachten. Und in der Tat konnte ein Kriminalpolizist auf dem Hauptbahnhof im Wartesaal II. Klasse eine jüngere Frau beobachten, die gerade beim Sortieren ihrer Einkäufe war. Der Kriminalpolizist stellte die Personalien fest, und hatte damit die gesuchte Sieradzka gefunden. Die Annahme, daß sie die 175 Zloty entwendet hatte, bestätigte sich vollständig. Für dieses Geld hatte sie im Laufe des Tages Mantel, Schuhe und Kleider gekauft und war eben im Begriff, mit dem Rest des Geldes nach Gdingen zu entfliehen.

§ 4000 Zigaretten gestohlen. Ein nicht alltäglicher Diebstahl wurde am Sonnabend auf der Strecke zwischen der ul. Dworcowa (Bahnhofstraße) und Duga (Friedrichstraße) verübt. Ein Lastauto der Firma Stanislaw Döberstich hatte Tabakwaren vom Tabakmonopol nach der Friedrichstraße zu bringen. Hier mußte der Chauffeur die Feststellung machen, daß während der Fahrt vom Lastauto eine Kiste mit 4000 Zigaretten verschwunden war. Aller Wahrscheinlichkeit nach war der Dieb mitten in der Stadt auf den schreienden Lastwagen gesprungen und hatte die Kiste entwendet.

Kampf um den Sitz der Wojewodschaft Pommerellen.

Bromberg, 23. Februar.

Die Entscheidung des Ministerrats über die Erweiterung der bisherigen Wojewodschaft Pommerellen um vier Kreise der Wojewodschaft Posen und um vier Kreise der Wojewodschaft Warschau, ohne daß gleichzeitig ein Beschluß über den kommenden Sitz der Wojewodschaft gefaßt worden ist, hat im gesamten Nekebezirk und sicherlich darüber hinaus in Pommerellen große Beachtung gefunden. Wenn der Kampf um den Sitz der Wojewodschaft Pommerellen zwischen Bromberg und Thorn mit unverminderter Stärke geführt wird, so muß darauf hingewiesen werden, daß dieser Kampf nicht etwa eine Angelegenheit der beiden Städte ist, sondern daß an der Lösung dieser Frage ganz Pommerellen, soweit es wirtschaftlich und kulturell interessiert ist, beteiligt ist.

Die Änderung der Wojewodschaftsgrenzen, ohne daß gleichzeitig, wie erwartet wurde, der neue Sitz der Wojewodschaft bestimmt worden ist, was besagen soll, daß Thorn vorläufig Wojewodschaftssitz bleibt, hat einen Teil der polnischen Öffentlichkeit Pommerellens und der neu angegliederten Kreise wieder auf den Plan gerufen.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man schon heute die Feststellung macht, daß der Kampf der letzten Jahre um den Sitz der Wojewodschaft in allernächster Zeit wieder entbrennen wird, zumal Bromberg in der Lage ist, nachweisen zu können, daß der weitaus größte Teil der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen Pommerellens und sehr viele beachtliche Stimmen sich für Bromberg als Wojewodschafts-Hauptstadt ausgesprochen haben. Es sprechen hier nicht allein verkehrstechnische und geographische Erwägungen mit, sondern es wird vor allem die Tatsache betont, daß Bromberg seiner ganzen wirtschaftlichen Vergangenheit und Gegenwart nach besonders gut für den Sitz der Wojewodschaft vorbereitet ist. Hinzu kommt, daß Bromberg alle Voraussetzungen hat, den Wojewodschaftssitz hierher zu verlegen, während Thorn über kurz oder lang gezwungen ist, noch viel größere Investitionen als bisher machen zu müssen, um der Aufgabe als Wojewodschafts-Hauptstadt gerecht zu werden.

Das waren im großen und ganzen die Argumente, die gestern in einer Sitzung zur Sprache kamen, die unter dem Vorsitz des Stadtpräsidenten von Bromberg, Herrn Barciszewski, stattfand, und an welcher Vertreter der polnischen Industrie, des Handels, des Handwerks, der Berufsverbände und der Stadtvorordnetenversammlung von Bromberg teilnahmen. In dieser Versammlung ist darüber hinaus darauf hingewiesen worden, daß die Entscheidung, die vorläufig in Warschau gefallen ist, die Lage des Nekebezirks keineswegs bessere, vielmehr sogar verschlechterte, daß die polnische Küste mit Gdingen an der Spitze sogar benachteiligt werde, wenn Bromberg nicht Sitz der Wojewodschaft werden wird. Auf diese Gefahren weist man nicht nur im Nekebezirk und in den übrigen Teilen Pommerellens hin, sondern in der gleichen Art habe sich ein berufener Sachkenner des polnischen Verwaltungswesens Professor Kaszanka-Posen ausgesprochen.

Man könne sich nicht vorstellen, welche Hindernisse in Warschau beständen oder welche Kreise die angeblich normale Entwicklung Brombergs zur Wojewodschaftsstadt hindertreiben. Aus verwaltungstechnischen Erwägungen müßte Bromberg dieser Mittelpunkt der Wojewodschaft werden, zumal alle kulturell-politischen und wirtschaftspolitischen Argumente dafür sprechen und auch in strategischer Beziehung keine Bedenken mehr vorliegen.

Die versammelten Vertreter beschloßen nach eingehender Diskussion, die Initiative zu übernehmen, um in Warschau schon in diesen Tagen vorstellig zu werden, bevor die weiteren Debatten auf parlamentarischem Boden über die Frage fortgesetzt werden. Zu diesem Zweck ist eine Kommission gebildet worden, die sich aus je einem Vertreter des polnischen Handels, der Industrie, des Handwerks, der Berufsverbände und aus den beiden Bromberger Sejmabgeordneten zusammensetzt.

Man glaubt in Bromberg immer noch an einen Erfolg, solange die letzte und endgültige Entscheidung noch nicht gefallen ist.

Schicksale werden uns nicht gegeben, sondern mit ihnen zu ringen — uns dem Unglück mit Mut in den Weg zu stellen und den guten Geistern mit allen Kräften beizuspringen. Dies in jedem Augenblick aus der Freiheit meines Wesens mit den mir verliehenen Gaben zu vollbringen, ist ja das Herrlichste am Leben. Ich will nicht wissen, ob der morgende Tag mir Schweres bringt, um mich als Fuchs davor zu schützen; sondern wenn es da ist, will ich meinen Mann stehen.

Rudolf von Koschützki

§ Ein neuer Unterschlagungsprozeß beginnt am 2. März gegen den ehemaligen Sekretär Roman Rosinke, der in der Wohlfahrtsabteilung der hiesigen Stadtverwaltung beschäftigt war und sich Veruntreuungen hatte zuschulden kommen lassen. — In Kürze werden sich auch die Direktoren der Bank M. Stadthagen im Zusammenhang mit dem Bankrott dieser Bank zu verantworten haben.

§ Beim Diebstahl auf frischer Tat ertappt wurde die bereits mehrfach vorbestrafte Stanislaw Baczewski. Die B. hatte in dem Schuhwarengeschäft der Frau Anastazja Porzyjs, Pomorska (Rinkauerstraße) 53, unter dem Vorwand Schuhe zu kaufen drei Paar Kinderstühle entwendet und unter ihrem Kleid versteckt. Die Geschäftsinhaberin bemerkte jedoch den Diebstahl und rief die Polizei herbei, welche die Diebin verhaftete. Das Bürgergericht verurteilte die B. zu drei Monaten bedingungslosen Arrest.

§ Als aneherlicher Arbeiter hatte sich der 41jährige Alexander Dzierzanowski vor dem Bürgergericht zu verantworten. Der Angeklagte, der in der Firma „Kajamon“ beschäftigt war, hatte systematisch Seiden- und Baumwollgarne sowie andere Materialien entwendet. Die gestohlenen Sachen schaffte er zu der 31jährigen Marta Swierczowska, die ihn auch zu den Diebstählen überredet hatte. Die S. nahm deshalb gleichfalls auf der Anklagebank Platz. Das Gericht verurteilte beide Angeklagten und zwar D. zu sieben Monaten Gefängnis und S. zu vier Monaten Arrest. Der letzteren gewährte das Gericht einen zweijährigen Strafausschub.

ss Gollantsch (Golańcz), 22. Februar. Auf der Chauffeur-Krenzung Gzin-Bongrowitz und Gollantsch-Wapno ereignete sich eine Autokatastrophe, welcher das Auto der Firma „Krem Womana“ zum Opfer fiel. Als das Auto abends in scharfem Tempo aus Gollantsch kam, zeigten sich auf der Krenzung mehrere Personen, die dem Auto, welches sie für einen auf dieser Linie kursierenden Autobus gehalten hatten, Halt signale gaben. Da der Chauffeur plötzlich bremsen mußte, brach das Steuer. Das Auto raste gegen einen Baum und stürzte in den Graben. Durch den starken Anprall geriet das Benzol in Brand, und in einigen Sekunden stand der ganze Wagen in Flammen. Chauffeur und Vertreter der Firma kamen mit leichten Verletzungen davon.

z Guejen (Gwiejno), 22. Februar. Dreiste Spitzbuben wagten sich in den letzten Nächten an den Schober des Besitzers Soboczynski aus Modliszewo und drohten daselbst 8-10 Zentner Roggen aus, mit dem sie unerkannt das Weite suchten.

ss Kolmar (Chodziej), 22. Februar. Im Gefängnis in Margonin ereignete sich ein seltener Unglücksfall. In einem Sträfling war ein Arzt gerufen worden, der in Begleitung des Gefängnisarztes Franciszek Sobkowiak die Zelle betrat. Als Sobkowiak in der Eile den bereitgehaltenen Revolver in die Tasche stecken wollte, fiel derselbe zu Boden. Dabei entfiel ihm die Waffe und ein

Schuß ging los. Die Kugel traf den Aufseher in die Kehle. Der anwesende Arzt erteilte dem Schwerverletzten die erste Hilfe, worauf er ins Samotichiner Krankenhaus transportiert wurde.

ss Mogilno, 22. Februar. Im Lokal des Kaufmanns Binder hielt die hiesige Ortsgruppe des Verbandes städtischer Berufe ihre Monatsversammlung ab. In einer Sprechstunde erteilte Geschäftsführer Mey Auskünfte über Steuerfragen, worauf in anschließender Mitgliederversammlung Herr Sylla aus Bromberg von der „Berufshilfe“ einen Vortrag über das Thema „Das deutsche Handwerk in Polen“ hielt, dem sich eine rege Aussprache anschloß.

ss Mroczko (Mroczko), 22. Februar. Sechs Fahrräder gestohlen wurden in der Nacht zum Mittwoch; dem Besitzer Streel in Wiele ein Herren- und ein Damenfahrrad; dem Einwohner Karl Butschke in Kiewschöh ein Herrenfahrrad; seinem Bruder Friedrich Butschke ein Herrenfahrrad und schließlich dem Einwohner Neubauer und dem Einwohner Otto Gutknecht je ein Rad. Von den Dieben fehlt jede Spur.

ss Patosch (Patosch), 22. Februar. In der Zeit vom 2. bis 11. März findet im Lokal des Kaufmanns Rosinski die Sitzung der Maße, Waagen und Gewichte für unsere Stadt und folgende Ortschaften statt: Broniewice, Wierzewice, Dobieszewice, Jantowo, Ludwiniec, Radlowo, Wielowies und Rybitow.

+ Schubin (Szubin), 22. Februar. Anordnung des Kreisstarosten betr. Tollwut. Da bei einem Hund in Kobylarnia und bei einem Hund in Jablówko Tollwut festgestellt worden ist, hat der Kreisstarost zur Bekämpfung der Tollwut u. a. folgendes angeordnet: Es wird ein Sperrbezirk festgesetzt, zu dem folgende Gemeinden gehören: Chomezowo, Sobischin-Dorf, Olympin, Smolno Nowe, Dabie Nowe, Wladyslawowo und Kapie. Alle Hunde, die sich in dem Sperrbezirk befinden, sind gefangen zu halten, d. h. sie sind einzusperren. Hunde müssen an der Leine geführt werden und müssen außerdem mit einem Maulkorb versehen sein. Raben dürfen ebenfalls nicht frei umherlaufen. Jagdhunde, Polizei- und Hütehunde können bei der Jagd usw. ohne Maulkorb frei umherlaufen, jedoch nur bei Ausübung dieser Tätigkeit. Die Ausfuhr von Hunden aus dem Sperrbezirk ist ohne Genehmigung des Kreisstarosten verboten. Alle Unterretungen werden auf Grund der Verordnung des Staatspräsidenten über Bekämpfung ansteckender Krankheiten bestraft.

Meldung der Bullen. Gemäß der Verordnung über die Aufsicht über die Viehwirtschaft sind den Gemeindeämtern alle Bullen nach dem Stand vom 1. Februar zu melden. Bei Nichtanmeldung werden Geldstrafen verhängt.

ss Samter (Szamotyly), 22. Februar. Nachdem die Genossenschaftsbank, die Bank Ludowy und der Kolnik in Samter schwere Fehlschläge erlitten haben, ist nun die Kommunalsparkasse auch in eine schwierige finanzielle Lage geraten. Die Schulden derselben in Höhe von 62000 Zloty mußte der Kreis ausgleichen, damit dieses Institut weiter arbeiten konnte. Trotzdem der Kreisrat den Verwaltungsorganen Entlastung erteilt hat, ist auf Anordnung des Untersuchungsrichters der ehemalige Bankdirektor Borowski in Haft genommen worden. Es besteht die Hoffnung, daß auch über die in jenen Genossenschaften verlorengegangenen Kapitalien, die etwa 2 1/2 Millionen Zloty betragen, Aufklärung gefunden werden wird.

* Rogowo, 18. Februar. Der Landwirt Johann Großmann aus Reetz und seine Ehefrau Adoline geb. Zempel feierten bei bester Gesundheit das seltene Fest der Goldenen Hochzeit. Der Jubelbräutigam ist 72 Jahre, und die Jubelbräut 70 Jahre alt. Des schlechten Wetters wegen mußte die Feier im Hause stattfinden. Die fünf Kinder des Jubelpaares und zahlreiche Enkelkinder konnten das Jubiläum miteiern.

Wasserstand der Weichsel vom 23. Februar 1937.

Kraakau	- 1,65 (- 1,41),	Zawichoff	+ 3,07 (+ 2,88),	Warschau	+ 2,47 (+ 2,11),
Plocl	+ 1,99 (+ 1,86),	Thorn	+ 2,29 (+ 2,18),	Gordon	+ 2,42 (+ 2,28),
Culm	+ 1,62 (+ 1,65),	Graudenz	+ 1,50 (+ 1,46),	Kurzbebtal	+ 1,60 (+ 1,60),
Bielal	+ 0,82 (+ 0,88),	Dirschau	+ 0,74 (+ 0,82),	Emlage	+ 2,38 (+ 2,26),
Schwenhorst	+ 2,52 (+ 2,42).	(In Klammern die Meldungen des Vorlaufs.)			

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arne Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: i. B.: Arno Ströbe; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prapoobski; Druck und Verlag von H. Dittmann S. o. v., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Bommerellen.

23. Februar.

Graudenz (Grudziadz)

Der Sonntag Reminiszere (Gedente),

Der ja gleichzeitig auch zum besonderen Erinnerungstag an die Gefallenen des Weltkrieges bestimmt ist, wurde auch in Graudenz in ebenso würdiger wie erhebender Weise begangen. Zum Gottesdienst in der evangelischen Kirche, in welcher der Altar von Vorbeerbäumen flankiert und mit umföhrten brennenden Kerzen bestanden war und das Gefallenen-Ehrenmal, zu dessen Seiten Mitglieder der evangelischen Jugendvereine mit Fahnen Ehrenwache hielten, mit frischem Blumen- und Girlandenschmuck geziert war, hatte sich eine das große Gotteshaus bis auf den letzten Platz füllende Gemeinde versammelt. Die Andacht, für die eine spezielle Gottesdienstordnung bestimmt war, leitete der Posaunenchor mit dem Niederländischen Dankgebet ein. Nach Gemeindegesang trug die „Liedertafel“ „Mahnung“ von Hans Heinrich vor. Pfarrer Gürtler predigte über Lucas 10, 17-21. An der Hand dieses Bibeltextes rief der Geistliche dazu auf, sich die bösen Geister des Neides, des Hasses, der Mammonsucht, der Zwietracht untertan zu machen und an ihre Stelle die guten Geister zu setzen, die eine Bürgerschaft für ein segens- und gottgefälliges Leben bieten. Ernst Moritz Arndts trugsicheres Lied „Auf, bleibet treu und haltet fest“, das die Gemeinde sang, und der „Liedertafel“ schön gesungenes „Morgenrot“ waren gewiß der beste Übergang zu der folgenden eigentlichen Totenfeier vor dem Ehrenmal. Hier sprach wiederum Pfarrer Gürtler. Auf das den obersten Teil dieses Gotteshauses ernst und mahnend schmückende Mal, das Schwert in Kreuzesform, sinnvoll hinweisend, betonte der geistliche Redner, daß dieses Kreuz ein Zeichen des Gehorsams, der Pflicht, der Treue, des Einsatzes des Lebens bis zum Tode sei. — Der Eigenschaften somit, die denen, uns zum Vorbild eigen waren, deren Gedächtnis das sichtbare, sie ehrende Symbol hier gilt. „Ich hatt' einen Kameraden“ spielte der Posaunenchor, und Gemeindegesänge und Schlußliturgie beendeten den Gottesdienst zum Gedächtnis teurer Toten. Der kirchlichen Feier reichte sich um 12 Uhr ein Akt der Kränzeniederlegung am Obelisk auf dem Helmsriedhof an. Hier war es ein Vertreter des deutschen Generalkonsulats Thorn, der „im Namen des Deutschen Reiches“ einen großen, mit roter, das deutsche Hoheitszeichen und die Inschrift „Unseren gefallenen Helden“ tragenden Schleife versehenen Kranz niederlegte und dabei in markigen Worten der Pflichttreue und der Selbstaufopferung der Gefallenen gedachte. Weitere Kränze legten die Volksgenossen Adolf Domke jun. und Viktor Stasi für die deutschen Graudenzener Vereine, sowie Bg. Rosinski für die Deutsche Vereinigung am Denkmal nieder. Das Lied vom guten Kameraden, von allen gemeinschaftlich gesungen, bekräftigte das Dankgefühl der Lebenden an die Toten. Mitglieder der deutschen Vereine hielten nach Schluß der eindrucksvollen Feier zu beiden Seiten des Obelisk die Ehrenwache.

Eine Feierstunde

hatte für den Helldengedenktag abends 8 Uhr die Deutsche Vereinigung im Deutschen Gemeindehause angefaßt. Mitglieder und eingeladene Gäste waren in sehr stattlicher Zahl dazu erschienen. Auf der Bühne sah man wieder die eindrucksvolle Ausschmückung mit den drei Kreuzen, den Vorbeerbäumen und dem auf hohem Postament ruhenden Stahlhelm. Das für die Feier aufgestellte Programm bestand aus gemeinsamen Liedern, Deklamationen, Vorträgen und einer Gedankensprache. Alle gaben sie, wenn auch in verschiedener Form, das wieder, was das vom ersten Sprecher zitierte Wort Adolf Hüllers ausdrückte: „Mögen Jahrtausende vergehen, so wird man nie vom Helldentum reden und sagen dürfen, ohne des deutschen Heeres des Weltkrieges zu gedenken. Dann wird aus dem Schleier der Vergangenheit heraus die eiserne Front des grauen Stahlhelms sichtbar werden, nicht wankend und nicht weichend, ein Mahnmal der Unsterblichkeit.“ Und so hörten wir hinreichende Beispiele von Mut, Selbsterleugnung und Selbstaufopferung, ob es die Helldentat des Matrosen Hüllers ist oder es aus Deringers „Die letzten Reiter“ vorgelesen wurde. Es erklang das hohe Lied von Liebe zur Heimat und zum Volk, aus den Liedern und Sprüchen der Kameraden, und in ganz besonderem Maße aus der Gedankensprache.

Die Treue zum angestammten Volkstum, wahre Kameradschaftlichkeit, ja Brüderlichkeit, diese kardinalen Erfordernisse des richtig aufgefaßten Begriffs von Volksgemeinschaft, zu pflegen und durch die Tat zu beweisen, das war der Zweck auch dieser erhebenden Feierstunde, die, wie üblich, mit dem gemeinsamen Abingen des „Feuerspruchs“ geschlossen wurde.

Inspektion der Wirtschaftsführung der Stadt Graudenz. Seit einigen Tagen weilt hier selbst eine Kommission des Revisionsverbandes der territorialen Selbstverwaltung, und zwar zum Zweck der Prüfung der Gesamtgestaltung der städtischen Wirtschaft. Die Arbeiten der Kommission dürften voraussichtlich noch mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Eine verwerfliche Handlungsweise brachte den Arbeiter Jan Majewicz aus Tusch (Tuszewo) bei Graudenz auf die Anklagebank des hiesigen Bezirksgerichts. Er schrieb einem Manne, dem er einen Radioapparat verkauft und an den er angeblich noch eine Forderung von 40 Zloty hatte, einen Brief. Darin wurde um sofortige Bezahlung der Schuld gemahnt und diesem Ersuchen mit dem Bemerkens „größerer Nachdruck“ versehen, daß, wenn das Geld nicht schnelligst bezahlt werden würde, der Schreiber wegen einer von dem Schuldner gemachten falschen eidlichen Aussage Anzeige erstatten würde. Das Gericht erkannte für diese sonderbare Art von Schuldentreibung auf eine Woche Arrest mit zweijähriger Bewährungszeit.

Abgeholt werden kann vom 2. Polizeikommissariat eine lederne Mappe mit Korrespondenzen der Firma Mesek und Schulz in Culm, sowie eine Obligation der Nationalanleihe über 50 Zloty.

Der neugewählte Vorstand des Verschönerungsvereins nahm in seiner konstituierenden Sitzung die Amterverteilung wie folgt vor: Präses wurde der städtische Garteninspektor S. W o d w a d, sein Stellvertreter Rat D. Klimek, Schahmeister Bankdirektor A. Michajda, Schriftführer K. Karow und Wirt Rektor J. Kaczyl. In dieser Sitzung beschäftigte sich der Vorstand weiter mit der genaueren Festlegung des Arbeitsprogramms für das laufende Jahr, das 75. des Bestehens des Vereins. Ein besonders bedeutungsvoller Punkt wird die Veranstaltung eines „Werbetages“ für die Verschönerung der Städte in Polen sein.

Festgenommen wurde laut dem Montag-Polizeibericht drei Personen wegen Diebstahls, drei weibliche Personen wegen unzüchtlichen Lebenswandels und zwei Personen wegen Trunkenheit. Zur Strafmeldung gelangten u. a. vier Personen wegen Verstoßes gegen polizeiliche Verkehrsvorschriften.

Auf freier Tat ertappt wurde bei einem Einbruch in den Laden des Fleischermeisters Georg Adloff, Marienwenderstraße (Woblickiego) 27, ein gewisser, Oberbergstraße (Mladgorna) wohnhafter Antoni Krzymiński. Den Täter, der seinen unangemeldeten Besuch am Sonntag abend zwischen 6 und 7 Uhr verübte, übergab man der Polizei. Er wird sich strafrechtlich zu verantworten haben.

Thorn (Toruń).

Helldengedenktag.

In Thorn wurde der Helldengedenktag mit einem Gottesdienst in der altstädtischen Kirche eingeleitet. Der als Ehrenhalle eingerichtete Vorraum mit den großen Namenstafeln der Gefallenen war mit Bäumen, Girlanden und Kränzen würdig geschmückt, ebenso der Altarraum. Den Gottesdienst hielt Pfarrer Dey ab, der die Liturgie durch Sprech- und Singchor des Jungmännervers eins bereicherte. Nach dem Vaterunser hielten, von weit herkommend, Trompetenlänge des Liedes „Morgenrot“ über die stehend verharrende Gemeinde hinweg und dann erkönte, von der Orgeltempore durch Mitglieder der „Thorner Liedertafel“ gesungen, das Lied vom guten Kameraden. Während des Orgelnachspiels, in das viele Motive altbekannter Soldatenlieder verwoben waren, verließ die sehr stark erschienene Gemeinde in ernstem Schweigen das Gotteshaus. Neben der sonntäglichen Kollekte waren diesmal auch noch Spenden für den Fonds zum Ankauf neuer Glocken erbeten und reichlich gegeben worden.

Um 12 Uhr mittags versammelten sich viele evangelische und katholische Volksgenossen auf dem Militärriedhof an der Graudenzstraße (ul. Grudziadzka). An dem schlichten Gedenkstein inmitten der deutschen Kriegergräber sprachen Pfarrer Dey für die evangelischen und Wikar Gr u s m a c h e r für die katholische Kirche und beide stellten die Gefallenen als hehreres Beispiel treuester Pflichterfüllung den ergriffenen Zuhörern vor Augen. Dann richtete der Deutsche Generalkonsul von R u c h l e r über die langen Reihen der Gräber hinweg Worte des Dankes an die toten Helden und legte im Auftrage des Deutschen Reiches einen herrlichen Vorbeerkranz mit Schleifen in den Reichsfarben nieder. Mit dem gemeinsamen Gesang des Liedes vom guten Kameraden wurde die kurze, aber eindrucksvolle Feier auf dem im weißen Schneekleid liegenden Gottesacker beendet.

Nachmittags und abends veranstaltete die Deutsche Bühne Thorn zwei Helldengedenkfeiern.

Der Pegelstand der Weichsel bei Thorn betrug Sonntag früh 2,14 und Montag früh 2,18 Meter über Normal.

Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 15. bis 21. Februar gelangen beim Thorner Standesamt zur Anmeldung und Registrierung: 30 eheliche Geburten (17 Knaben und 13 Mädchen), die außereheliche Geburt eines Mädchens und 18 Todesfälle (10 männliche und weibliche Personen), darunter 7 Personen im Alter von über 60 Jahren und 3 Kinder im ersten Lebensjahre. In demselben Zeitraum wurden 3 Eheschließungen vollzogen.

Die Thorner Schneideeinrichtung hielt in Anwesenheit von Vertretern der Pommerellischen Handwerkskammer und der Stadtverwaltung Thorn ihre Jahreshauptversammlung ab, die der Ehrenobermeister Petlinowski leitete. In den Vorstand wurden berufen die Herren Woźniak (Wiedermahl), Anusiat, Tendzion und Rosicki, zu Beisitzern Angowski, Lewandowski, Legowski und Prus, zu Stellvertretern Brzeski, Dydowski, Jalencki, Kopsiecki, Krouze und Nowak, zu Rechnungsprüfern Dmazarzel, Herbacz und Luczak und ins Schiedsgericht Rosicki, Lewandowski, Brzeski und Szulski. Die Fahnenabordnung bilden die Mitglieder Lipiński, Jasiński, Cieszkowski, Szwanowski, Zagrabski und Grelawicz. Der Haushaltsvoranschlag in Höhe von 1125 Zloty wurde angenommen.

Postverkehr im Januar. Im Monat Januar gelangten im Thorner Hauptpostamt zur Aufgabe: 1023 448 gewöhnliche Briefsendungen, 21 896 eingeschriebene Briefe, 239 Wertbriefe, 8588 Pakete mit und ohne Wertangabe, 541 Postaufträge, 17 350 Post- und telegraphische Überweisungen in Höhe von 824 897 Zloty, 18 061 Anweisungen für die Postsparkasse in Höhe von 2 715 134 Zloty, 389 049 Zeitungen und Zeitschriften und 2409 Telegramme. Im gleichen Zeitraum gingen in Thorn ein: 752 900 gewöhnliche Briefsendungen, 23 408 eingeschriebene Briefe, 757 Wertbriefe, 11 443 Paketsendungen mit und ohne Wertangabe, 1868 Postaufträge, 14 922 Post- und telegraphische Überweisungen in Höhe von 780 319 Zloty, 5596 Anweisungen für die Postsparkasse in Höhe von 408 936 Zloty, 183 886 Zeitungen und Zeitschriften und 2234 Telegramme. Die Zahl der geführten Ortstelephongespräche betrug 103 116, die der Ferngespräche 41 853, darunter 22 045 nach Thorn und 19 748 von Thorn.

Infolge Erschöpfung brach Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr in der Spritstraße (ul. Jana Dbrachta) der aus Simon (Siemon) hiesigen Kreises gebürtige, 50 Jahre alte Bettler Walenty Jaworski, der keinen festen Wohnsitz hat, zusammen. Die herbeigerufene Rettungsbereitschaft überführte ihn ins Städtische Krankenhaus.

Unter eigenartigen Umständen ihr abhanden gekommenes Handtäschchen mit 50 Zloty Inhalt wiedererlangt hat eine gewisse Maria S z y m a n s k a. Sie erschien am Freitag bei der Polizei und erklärte, die Tasche auf dem Wege vom Wochenmarkt in dem Glacis hinter dem Gebäude der Eisenbahndirektion verloren zu haben. Als sie das Fehlen der Tasche feststellte, bemerkte sie angeblich einen Mann, der

dieselbe vom Erdboden aufhob und dann mit dem Fundstück schnelligst das Weite suchte. — Am gleichen Tage bemerkte die in der Araberstraße (ul. Rabianka) wohnhafte Helena Jasińska während ihres Aufenthaltes auf dem Wochenmarkt, wie die Händlerin Ewa Jaworska aus Culmsee eine von einer unbekanntem Dame auf ihrem Marktisch zurückgelassene Handtasche zu sich steckte. Weil die Händlerin keine Anstalten traf, sich irgendwie nach der Verliererin umzusehen, erstattete die Jasińska Anzeige bei der Polizei. Als bald darauf ein Schutzmann auf dem Plan erschien, leugnete die Händlerin energigisch ab, eine Tasche gesehen, geschweige denn eingesteckt zu haben. Später aber, als die fragliche Tasche zum Vorschein gekommen war, glaubte sie dem Beamten einreden zu können, daß halbwüchtige Burtschen ihr die Tasche untergeschoben haben. Nach Aufnahme eines Protokolls schaffte der Beamte die der Händlerin abgenommene Tasche zum Kommissariat, wo festgestellt werden konnte, daß sie das Eigentum der oben erwähnten Maria Szymanska war.

Dem Gott will rechte Gunst erweisen... — so könnte man variieren, wenn man nachstehende Geschichte eines postalischen „Frgängers“ hört. Ein Thorner Bürger erhielt am 19. Februar einen aus Bochum an ihn gerichteten Brief. Seine Adresse war deutlich in Maschinenschrift abgefaßt und die Ortsbestimmung lautete ordnungsmäßig: Toruń — Polen. Der Aufgabestempel aus Bochum trug das Datum vom 12. Januar 1937. Der Brief war also über 5 1/2 Wochen unterwegs; auf der Rückseite befand sich ein Stempel „Osata Nippon, Febr. 1937“ und ein zweiter in englischer Sprache „Frtlich nach Japan gesandt“. — Wie schön hat es doch doch ein Brief, der ohne Paß und Visen für billiges Geld eine 5-wöchige Bergnügungsreise nach dem Fernen Osten und zurück unternehmen kann!

Aus dem Landkreise Thorn, 20. Februar. Dem Landwirt Ludwig Lewandowski aus Birglau (Biergalowo) wurde ein Arbeitswagen im Werte von 130 Zloty gestohlen. Der Verüber des Diebstahls konnte inzwischen in der Person des gleichfalls in Birglau wohnhaften Czeslaw Orzanowski ermittelt und festgenommen werden. Der Geschädigte erhielt sein Eigentum zurück.

Aus dem Landkreise Thorn, 22. Februar. Durch das schadhafte, durch eine Holzwand geführte Eisenrohr eines Kachelofens entstand am 16. d. M. in der Wohnung des Pfarrers Partyska in Rawra ein Brand, durch den eine Türfüllung sowie die Wand vernichtet wurden. Der durch Versicherung gedeckte Schaden beträgt ca. 300 Zloty.

Ronik (Choinice)

In einer Stadtverordnetenversammlung, die Bürgermeister Sieracki leitete, wurde der Jahres- und der Revisionsbericht für das Jahr 1935/36 zur Kenntnis gegeben. Der Jahresabschluss ergab einen Überschuß von 21 984 Zloty. Dem Magistrat und der Kassenführung wurde Entlastung erteilt. Der Zuschlag zur Grundsteuer bleibt in der alten Höhe. Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde die Verpachtung der Handelschule an den Staat für den Preis von 7400 Zloty pro Jahr beschlossen.

Auf dem Mönchanger kam es zwischen den Arbeitsloien Zynda und Radolny zu Streitigkeiten, in deren Verlauf Radolny mehrere Messerstücke erhielt. Im bewußlosen Zustande wurde der Verletzte in das Borromäuskrankenhaus überführt.

Auf einer Delegiertenversammlung des Gastwirtverbandes wurde beschlossen, die jüdischen Mitglieder aus der Verband auszuschließen und auf Abschaffung der ein Zehntel Literflaschen (Czytka) zu dringen.

Culmsee (Chelmza), 22. Februar. Dem Landwirt Jan Ostiski aus Mlewa wurde, als er sich auf der Fahrt zum Wochenmarkt befand, kurz vor der Stadt ein Sack Getreide vom Wagen gestohlen. Die Polizei erwischte die Diebe in dem Augenblick, als sie ihre Beute in einem hiesigen Geschäft zu Geld machen wollten. Die Täter sind die erst 16 Jahre alten Rydlewski und Gojewski sowie Genossen.

Thorn.

Meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter Anna Rundt geb. Jaddas wurde uns im Alter von 57 Jahren nach langem Leiden am Helldengedenktag durch den Tod entzissen. Im Namen der Hinterbliebenen Artur Rundt. Mlewo, Toruń, Rowroz, Spandau, Duisburg, am 23. Februar 1937.

Kino „SWIT“, Prosta 5 Ab Dienstag, d. 23. Februar bis 2. März 1937 Paula Wessely und Attila Hörbiger in dem großen Ufa-Schlager ERNTE (JULIKA, DIE MAGD) Ein fesselndes Liebesdrama des Husaren-Rittmeisters Grafen Tamassy. — Hierzu Wochenschau. — Beginn 5, 7, 9 Uhr.

Füllfederhalter mit echt 14 u. 18 karat Goldfedern, Goldmetall-Federn, Nirosta-Federn, Glas-Federn für Durchschriften. in Sicherheits-Selbstfüller-Systemen Pumpen-Helbel- in schwarz-grünperlrotperl-blauperl- und Perlmutt. Keine verschleißbaren Innenteile. Hülsen unzerbrechlich. Goldfedern mit Iridiumspitzen. Große Tintenträume. Federspitzen für jede Hand nach Wahl. Auch mit 5- und 25-jähriger Garantie in Modellen für Herren, Damen und Schüler in den Preislagen von 2,50 bis 48.— Versand nach außerhalb unter Nachnahme. Nichtgefallendes tausche um. Füllhalter-Reparaturen aller Systeme, auch nicht bei mir gekaufter, umgehendst. Justus Wallis, Toruń, Schreibwaren und Besorbederl.

Br Gdingen (Gödinga), 22. Februar. Am verflochtenen Sonnabend fuhr ein Güterzug aus Danzig im Übergangshafen auf dort stehende mit Kohlen beladene Waggons. Durch den Zusammenstoß entgleiste der Zug und die Lokomotive zertrümmerte mit ihrem Tender den Dienstwagen, in dem sich der Leiter des Zuges, der Danziger Freistaatsangehörige Franz Vitzsch befand, wodurch dieser tödlich verletzt wurde. 34 Waggons des Güterzuges, welche mit Getreide, Eisen und anderen Gütern beladen waren, bildeten einen großen Trümmerhaufen. Der Schaden wird auf mindestens 40 000 Zloty geschätzt. Auf Veranlassung des Staatsanwalts wurden der Betriebsleiter Voigt aus Rahmel, sowie der Weichensteller Dulny aus Gdingen festgenommen. Die Eisenbahnbehörde ließ sofort eine Ausräumung des Gleises vornehmen.

o Koloko, 22. Februar. In der Erlöserkirche zu Kofoko wurde am Sonntag (Reminiszere) eine Heldengedenkfeier veranstaltet; vor der Kirche versammelten sich die Kriegsteilnehmer, die alle Orden und Ehrenzeichen angelegt hatten, und gingen unter Glockengeläut in die Kirche. Die Jugend bildete mit ihrem Wimpel Spalier. Die Kameraden gingen vor den Altar und dann auf ihre Plätze. Die Jugend blieb am Altar stehen und trug mehrere Nieder vor. Dann wurden mehrere Gedichte vorgetragen. Die Kirche war trotz des schlechten Wetters bis auf den letzten Platz besetzt.

u Strasburg (Brodnic), 19. Februar. Als mehrere Knaben auf der zugefrorenen Drenowz schlitterten, brach plötzlich das Eis unter dem Jährigen Drczykowski und der Knabe ging unter. Alle Hilfe war vergeblich. Seine Leiche konnte erst am nächsten Tage geborgen werden.

v Baudsburg (Wiechors), 21. Februar. Am Sonntag fand in der hiesigen evangelischen Kirche eine eindrucksvolle Heldengedenkfeier bei vollbesetztem Gotteshause statt. Nach einem gemeinsamen Liede mit Posaunenbegleitung und der Eingangsliturgie sang der Kirchenchor das Lied: „Sei getreu bis in den Tod.“ Darauf verlas Pfarrer Wodaegge bei Glockengeläut die Namen der im Weltkriege aus dem Kirchspiel Baudsburg gefallenen Helden, und gedachte auch der Helden, die als Schwerverwundete ins hiesige Krankenhaus befördert wurden und ihren schweren Verletzungen erlagen und somit weit von ihrer Heimat auf dem hiesigen Friedhof ihre letzte Ruhestätte fanden. Die Festrede hielt Pfarrer Wendler, dem es gelungen ist, aus der Sowjethölle zu entfliehen. Pfarrer Wendler berichtete u. a. in längeren Worten über die Christenverfolgung in Rußland, die er selbst miterlebt hat. Mit Gebet und gemeinsamem Liede fand die Feier ihren Abschluß.

Freie Stadt Danzig.

Amtseinführung des neuen Danziger Gerichtspräsidenten.

Der neuernannte Danziger Gerichtspräsident Unterstaatssekretär Wohler wurde am Sonnabend mittag vom Senatspräsidenten Greiser in dem mit den Symbolen der nationalsozialistischen Bewegung geschmückten Schwurgerichtssaal feierlich in sein Amt eingeführt. Der Senatspräsident wandte sich an die im Schwurgerichtssaal anwesenden Richter, Staatsanwälte, Beamte und Angestellte mit einem Appell und wies darauf hin, daß sich in dem neuen Gerichtspräsidenten der erste Nationalsozialist auf diesem Posten verkörpere. Der neue Gerichtspräsident habe bereits an dem Neuaufbau des Staates bedeutend mitgearbeitet. Zum Andenken an die enge Mitarbeit der letzten Jahre überreichte Senatspräsident Greiser dem neuernannten Gerichtspräsidenten sein Bild mit eigenhändiger Widmung, sowie die Urkunde, die ihn zum Gerichtspräsidenten auf Lebenszeit bestellte. Gerichtspräsident Wohler dankte für die Worte der Anerkennung.

Der zerbrochene Wappenschild

der Herren von Seedt.

In dem Februarheft des von uns schon mehrfach empfohlenen „Archivs für Sippenforschung und alle verwandten Gebiete“ (Nr. 2, Jahrg. 1937) das in dem bekannten Verlag für Sippenforschung und Wappenkunde E. A. Starke in Göttingen erscheint, macht der Herausgeber dieser führenden Zeitschrift Dr. Erich Wentzher, folgende Mitteilung:

Mit dem Generalobersten Hans von Seedt, der am 27. 12. 1936 in seiner Berliner Anstaltswohnung ganz unerwartet einem Herzschlag erlag, starb der Letzte Sproß eines in Pommern beheimateten Briefadel-Geschlechts, das — fast auf den Tag — 151 Jahre geblüht hat. Am 20. 12. 1785 (Wien) war der Altvater Friedrich Seedt, Herr auf Neypin und Medow (Kreis Greifswald) in den Reichsadelstand erhoben worden. Auch bei den anderen Ahnenstämmen Seedts überwiegt der Einfluß tüchtiger und aufstiegsfähiger Bürgergeschlechter; neben den Briefadelnamen von Schubert und von Geist erscheinen Israhel (Stralsunder Schiffahrts-, Handels- und Ratsgeschlecht), Droyzen, Stenzler, Classen und Dittmar. Beruflich sind Offiziere, Juristen, Gutsbesitzer, Kaufleute und Pastoren vertreten, während Pommern fast ausschließlich die Landschaft der Ahnentafel ist.

Zum herben, stets konzentrierten und überaus geistigen Bilde des großen Soldaten stimmen sowohl die starken, einheitlich geschlossenen und unverbrachten Willenskräfte in seiner Ahnenhaft, wie auch die Tatsache, daß das entscheidende Seedt'sche Stammeserbe durch die rechte Vetterenschaft seiner Eltern (Richard von Seedt, vormals Kommandierender General des 5. preussischen Armeekorps in Posen und Auguste, geb. von Seedt) in ihm gehäuft und gesteigert wurde. Aus dem Liebesbund zweier Seedt-Sprossen ging 1866 der Letzte des Stammes hervor, um „alle Qualitäten dieses Stammes in einem denkwürdigen Finale zu vereinigen“, wie ich zu seinem 60. Geburtstag schrieb. Denn die am 2. 6. 1893 in Berlin geschlossene Ehe Seedts mit Dorothea, geb. Jacobson, adoptierten Fabian, blieb kinderlos, und als einziges Glied der engeren Familie überlebte ihn nur seine Schwester Maria, verehelichte Gräfin von Rothkirch und Trach, in Koenigsberg. Der älteste Enkel dieser Schwester, der junge Schleier v. Wallenberg-Pachaly, hat über der offenen Brust seines Großvaters — altem Brauchtum gemäß — den Wappenschild des letzten Seedt zerbrochen.

Wer ist Bruno Frank?

Eine jungdeutsche Festvortrag.

Die in Bielitz erscheinende „Schlesische Zeitung“ schreibt:

Bei den Tagungen und Veranstaltungen anlässlich der Generalversammlung der Jungdeutschen Partei, die Sonnabend und Sonntag in Anwesenheit vieler Amtswalter dieser Partei aus allen Gegenden Polens in Bielitz abgehalten wurden, sind genug der großen Worte gewechselt worden. Wir greifen auf diese Veranstaltung nur zurück, um unter unseren jungdeutschen Volksgenossen den Sinn für die Wirklichkeit wachzurufen, der ihnen im Trubel des Geschehens, im Feuerwerk der Festreden und im Jubel der Begeisterung anscheinend merklich getrübt wurde.

Die am Sonntag nachmittag im Bielitzer Stadttheater veranstaltete Festschau des Schauspielers „Zwölftausend“ von Bruno Frank, gibt Anlaß, diesmal in die inneren Angelegenheiten der JDP im Interesse der gesamten deutschen Volksgruppe in Polen hineinzuleuchten. Bekanntlich hat gerade die Jungdeutsche Partei zu verschiedenen deutschen Kulturfragen in einer Weise Stellung genommen, die nicht nur dem Ansehen der deutschen Volksgruppe in Polen nicht immer nützlich war, sondern auch den Bestand wichtiger deutscher Kulturinstitutionen zeitweise geradezu in Frage stellte.

An Hand unseres Beispiels können wir nun den schlagenden Beweis dafür liefern, wie bei der Jungdeutschen Partei die Kulturarbeit beschaffen ist. Hierher gehört vor allem die Leichtfertigkeit, mit der von der JDP deutsche künstlerische Belange gewahrt werden. Hätte es sonst kommen können, daß die JDP, die betont antisemitisch ist, bei einer Festveranstaltung anlässlich ihrer Hauptversammlung erkaunlicherweise Bruno Frank als Autor bemüht hat, der, wie sich auf Grund zahlreicher Belege feststellen läßt, ein aus Deutschland emigrierter jüdischer Schriftsteller ist, dessen Werke in Deutschland weder erscheinen noch verkauft werden dürfen. Er ist Verfasser einiger Romane und der Theaterstücke „Das Weib auf dem Tiere“ (1921), „Zwölftausend“ (1928), „Sturm im Wasserglas“ (1930) und „Rina“ (1931). Zurzeit erscheinen seine Werke in einem ausgesprochenen Emigrantenverlag der Schweiz, und zwar in Basel bei Kurt Reif, wo außerdem die Werke von Heinrich Mann, Ferdinand Bruckner, Alfred Neumann, Karl Sternheimer, usw. herausgegeben werden.

Der „Börsenverein deutscher Buchhändler“ in Leipzig, an den eine Anfrage wegen des Schriftstellers Bruno Frank gerichtet worden ist, schrieb am 16. Februar d. J.: „Der Schriftsteller Bruno Frank ist Jude, seine Werke werden in Deutschland nicht verkauft. Sein jetziger Aufenthalt ist uns nicht bekannt.“

Wenn es bei der JDP während der Vorbereitung zur Festausführung mit rechten Dingen zugegangen wäre, so hätte jener Herr, der das Stück vorgeschlagen hat, es doch im ureigensten Interesse für nötig halten sollen, sich vorher über den ihm unbekanntem Schriftsteller zu unterrichten.

Ein Thronfolger in Norwegen geboren.

Aus Oslo wird gemeldet:

Zum erstenmal seit rund 600 Jahren wurde gestern in Norwegen ein Prinz geboren. Die Gemahlin des norwegischen Kronprinzen Olaf, die schwedische Prinzessin Märtha, wurde von einem gesunden Sohn entbunden. Die Nachricht von der Geburt des Thronfolgers löste im ganzen Lande großen Jubel aus.

Norwegen hat bekanntlich erst 1905 wieder einen eigenen Herrscher bekommen, indem der Bruder des jetzigen Königs von Dänemark zum König von Norwegen gewählt wurde. Bis dahin war Norwegen mehr als ein halbes Jahrtausend durch Personalunion mit Dänemark und später mit Schweden verbunden. Wenn das Kronprinzenpaar — Kronprinz Olaf war vor Regierungsantritt seines Vaters in Dänemark geboren worden —, das bisher zwei Töchter hat, keinen Sohn bekommen hätte, wären große dynastische Schwierigkeiten entstanden. Pressemeldungen zufolge soll der neue Erbprinz den Namen seines Großvaters König Hakon erhalten. Am Montag mittag wurde von der alten Festung Akershus der Salut geschossen, der Festung, in der im Jahre 1370 der letzte Prinz von Norwegen, Kronprinz Olaf, geboren wurde.

In Schweden nimmt man an dem freudigen Ereignis großen Anteil, da Kronprinzessin Märtha eine Nichte von König Gustav ist. Die Mutter der Kronprinzessin, Prinzessin Ingeborg von Schweden, ist auf Schloß Skaugum bei ihrer Tochter und dem Enkelkind eingetroffen. Prinzessin Ingeborg, die Gemahlin des Prinzen Carl von Schweden, wird immer mehr die „Großmutter von Europa“. Sie ist die Schwiegermutter des Königs von Belgien, dessen junge Gemahlin, Königin Astrid, vor einigen Jahren bei einem Autounfall ums Leben kam, ferner die Schwiegermutter des norwegischen Kronprinzen und des Prinzen Axel von Dänemark. Außerdem ist sie selbst die Schwester zweier Monarchen, nämlich der Könige von Dänemark und von Norwegen, sowie die Schwägerin des Königs von Schweden.

Das Herzogspaar von Kent in München.

Der Herzog und die Herzogin von Kent sind in München eingetroffen, wo sie als Gäste von Graf und Gräfin Lörring, einer Schwester der englischen Herzogin, etwa drei Wochen verbleiben werden.

Weitere Säuberungsaktion in Aboissinien.

Einige Häuptlinge hingerichtet.

Aus Rom wird gemeldet:

Im Seegebiet südwestlich von Addis Abeba stießen die Abteilungen Ratale und Tucci, denen die Säuberungsaktion in diesem Gebiet übertragen worden ist, auf eine Aufzucht von Rebellen unter der Führung des Dschaf Gabre Mariam. Nach kurzem Gefecht wurden die Anführer vollkommen aufgerieben. Einige ihrer Häuptlinge, darunter der Dschaf Beiene Merid, wurden gefangen genommen und sofort hingerichtet. Der verräterische Anführer Gabre Mariam, der trotz seines an Italien geleisteten Treueides seine anrüchlichen Umtriebe fortsetzte, ist im Kampf gefallen.

Das hätte er nicht nur an Hand von literarischen Nachschlagewerken machen können, es hätte genügt, das in der Schulungsbücherei der JDP bestimmt vorhandene „Handbuch der Judenfrage“ (Hammerverlag, Leipzig) zu Rate zu ziehen. In der 40. Auflage dieses Buches (Leipzig 1936) ist auf Seite 329 unter einer Reihe jüdischer Schriftsteller auch Bruno Frank angegeben. Ferner hätte es sogar genügt, den „Kleinen Mayer“ (3 Bände, 1933) zu befragen, auch der hätte ihm dieselbe Auskunft gegeben.

Der Fall ist für jungdeutsche Arbeitsmethoden auf kulturellem Gebiet bezeichnend. In führenden jungdeutschen Kreisen herrscht oft über die primitivsten Dinge der deutschen Literatur und der deutschen Wissenschaft eine erschreckende Unwissenheit, und die Folge davon ist, daß die Jungdeutsche Partei und ihre Zeitung bei verschiedenen Gelegenheiten mit ihren Stellungnahmen in kulturellen Angelegenheiten vollständig verfaßt, ja sich oft lächerlich gemacht.

Der Referent des jungdeutschen „Aufbruch“, er zeichnet H. G., und wir vermuten Herrn Gorgon (Wemberg) hinter diesem Zeichen, hat es nicht einmal der Mühe wert gefunden, am Tage nach der Aufführung, als bereits volle Klarheit über Bruno Frank herrschte, sich von der Richtigkeit dieser Behauptung zu überzeugen. Statt dessen versucht er wieder jenen deutschen Kreisen, die nicht jungdeutsch sind, aber an der Erhaltung der deutschen Bühne in Bielitz lebhaftes Interesse haben, eins auszuwicheln. Der Referent der jungdeutschen Festausführung macht sich da unbewußt über sich selbst und die Theßen seiner Partei lustig, wenn er folgendes mit Bezug auf das Stück Bruno Franks schreibt:

„Nach langer, langer Zeit wieder ein Stück, das nicht erhabene Gleichgültigkeit oder blutlose Zustimmung auslöste, sondern das uns aufrührte, das uns mitleben ließ. Wie aktuell und zeitgemäß trotz seines geschichtlichen Hintergrunds. Wenn heute gegen das Spiel solcher Stücke in Bielitz Sturm gelaufen wird, dann fragen wir warum? Sind Euch dekadente und jüdische Possen lieber, findet Ihr in Ritsch das Erlebnis und die Erholung? Wenn dem wirklich so ist, dann scheiden sich hier die Geister.“

Ja, hier scheiden sich die Geister! Wir, die wir nicht jungdeutsch sind, blicken nicht mit Stolz auf große Versammlungsreden, auf politische Hymnen und sonstige Außerlichkeiten, sondern wir tun unsere Pflicht und sorgen für geistige Ausbildung unseres Nachwuchses. Die Jungdeutschen scheinen dafür kein Verständnis zu haben, obwohl gerade sie es nötig hätten, etwas für ihre vielfach lückenhafte Bildung zu tun, damit sie nicht wiederum in ähnlich peinliche Lagen kommen.

Das Schildbürgerstückchen der jungdeutschen Landesleitung, die für ihre Festvortrag sogar Bruno Frank vom Emigrantenverlag Kurt Reif bemühte, würde zu beständigem Lachen reizen, ließe es nicht auf der anderen Seite nur zu deutlich erkennen, wie es um die „umfassenden“ Kenntnisse derjenigen Herren bestellt ist, die im jungdeutschen Kultur- und Kunstreferat die „Erneuerung“ in unser Kulturleben tragen wollen.

Nun also! . . .

Besserung im Befinden des Marshalls Graziani.

Über das Attentat auf den Vizekönig von Aboissinien, Marshall Graziani, werden weitere Einzelheiten bekannt. Danach ist im Befinden des nur leicht verletzten Vizekönigs eine schnelle Besserung zu verzeichnen, wie auch der Zustand des gleichfalls (entgegen der ersten Meldung) nur leicht verletzten Abuna sowie der übrigen Verwundeten sich gebessert hat. Dagegen mußte dem Fliegergeneral Rietta ein Bein abgenommen werden, jedoch gibt auch sein Befinden zu keiner Besorgnis Anlaß. Glücklicherweise hat der Anschlag kein Todesopfer gefordert.

Die Behörden in Addis Abeba, die das Attentat als ein gewöhnliches Verbrechen bezeichnen, haben mit der Untersuchung des Vorfalls begonnen, um die Schuldigen ihrer verdienten Strafe zuzuführen. Das Leben in der äthiopischen Hauptstadt bewegt sich weiter in normalen Bahnen. Auch im Lande herrscht völlige Ruhe.

2000 Personen in Addis Abeba verhaftet.

Aus Addis Abeba wird amtlich gemeldet, daß die Polizei von Addis Abeba sofort nach dem Attentat auf den Vizekönig 2000 Personen verhaftet hat. Der Militärgerichtshof hat bereits ein Untersuchungsverfahren zur Ermittlung der Urheber des Anschlages eingeleitet, die auf Grund der von Rom erhaltenen Weisungen ohne Verzögerung hingerichtet werden sollen.

Militärabteilungen haben die Durchsuchungs- und Säuberungsaktion einiger verdächtiger Stadtviertel unternommen. Die Stadt befindet sich unter dem Schutz von Militärtruppen, deren Zahl 30 000 Mann beträgt. Unter der Bevölkerung herrscht vollkommene Ruhe.

Auch die Dominions rüsten auf!

Reuter meldet aus London:

Im britischen Unterhaus erklärte der Minister für die gesamte Verteidigung, Justice, u. a.: Sprechen Sie so viel Sie wollen von der kollektiven Sicherheit und der Koordinierung unserer Kräfte, aber die Aufgabe einer jeden Regierung, die dieses Namens würdig ist, muß es sein, sich zu vergewissern, daß kein auswärtiger Feind über sie Herr wird. Betreffend die Verteidigungs-Ausgaben verlangen wir von Großbritannien, für die Kolonien und jene Gebiete zu zahlen, für die wir verantwortlich sind und von denen wir so sehr wegen der Rohstoffe abhängen. Die Dominions treffen auf ihre Kosten für ihre eigene Verteidigung ihre eigenen Verfügungen.

Die Regierung ist überzeugt, daß die Wiederaufrüstung der drei Gruppen der bewaffneten Macht das unerlässlichste Mittel ist, unser Ziel zu verwirklichen. Die Wiederaufrüstung bildet aber nicht das Ziel an sich, das weiterhin Verhandlungen über die europäische Regelung und die Festigung des Ansehens des Völkerbundes bleiben. Wir sind bereit, uns an dem gemeinsamen Werk der politischen Beruhigung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu beteiligen. Diese Anführung der Worte Edens wurde von den Regierungsbänken mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Justice schloß: Das Ideal der kollektiven Sicherheit darf sicherlich nicht die Pflicht der nationalen Sicherheit verdrängen. Ob die kollektive Sicherheit besteht oder tatsächlich nicht besteht — unser Land kann seine Aufgabe, sich zu verteidigen, nicht im Stich lassen.

Das Minderheitenschulwesen in Polen.

Der Unterrichtsminister spricht im Sejm zum Haushalt seines Ressorts.

In der Vollziehung des Sejm vom Sonnabend sprach der Unterrichtsminister Professor Dr. Swietoslowski zu dem Haushalt seines Ressorts, wobei er auch auf das Schulwesen der nichtpolnischen Volksgruppen in Polen einging.

„Indem ich“, so sagte der Minister u. a., „auf das Schulwesen der nationalen Minderheiten eingehe, möchte ich feststellen, daß es einzig und allein in der allgemein-staatlichen Skala behandelt werden kann, und daß seine organisierten Grundsätze und programmatischen Richtlinien vor allem den Aufgaben und Pflichten angepaßt werden müssen, die jeder Bürger Polens gegenüber dem Staat als Gesamtheit hat. Die Auffassung dieser Pflichten muß während der Schulzeit ein solches Ausmaß an Klarheit erreichen, daß sich in der ganzen jungen Generation der Republik eine gemeinsame entschiedene Haltung gegenüber solchen unstrittigen Aufgaben und Notwendigkeiten herausbildet, wie die Bereitschaft zur Verteidigung des Staates in seinen unantastbaren Grenzen, die Sorge um seinen inneren Zusammenhalt, die Unterordnung der persönlichen und partikularistischen Interessen unter das Wohl und die Macht der Gesamtheit, schließlich die Festigung des friedlichen Zusammenlebens zwischen den Bürgern der verschiedenen Nationalitäten. Zudem den in Polen ansässigen Volksgruppen die Möglichkeit der Pflege ihrer Sprache und kulturellen Eigenarten gesichert wird, müssen die Schulen der Republik und zwar sowohl die staatlichen als auch die privaten, die gehörige Vorbereitung der Jugend zur Pflichterfüllung gegenüber dem Staat sich zur obersten aller verpflichtenden erzieherischen Aufgabe machen. Jede Verständigung, jeder modus vivendi auf diesem Gebiet muß die Anerkennung dieser grundsätzlichen Voraussetzungen als Ausgangspunkt nehmen.“

„Bereits im vergangenen Jahr hatte ich in meiner im Sejmplenum gehaltenen Rede die Möglichkeit festzustellen, daß die „Struktur unseres Staates und die Verteilung der Minderheits-Siedlungen auf dem Gesamtgebiet der Republik zu einer einheitlichen Lösung der Probleme der Minderheitenschule in irgend einer festen Formel nicht führen kann.“ Diese Lösungen müssen vor allem für diejenigen Gebiete gefunden werden, in denen ein bedeutender Prozentsatz nicht-polnischer Bevölkerung vorhanden ist, die fähig ist, in Bezug auf ihre sozial-wirtschaftliche Struktur das Gesamtvermögen des Staates positiv zu vermehren. Dort müßte an den Bau dauernder Verhältnisse herangegangen werden, die auch in der Zukunft bestehen könnten, ohne auf konjunkturelle Momente und vorübergehende Stimmungen des laufenden Tages Rücksicht zu nehmen.“

„Ich betone, daß die billigen sprachlichen und kulturellen Bedürfnisse der nationalen Minderheiten auf dem

Gebiet des Schulwesens vor allem durch öffentliche und staatliche Schulen befriedigt werden können und müßten. Die private Initiative auf diesem Gebiet kann die Arbeit der staatlichen Faktoren nur ergänzen, wobei ich mit allem Nachdruck unterstreichen möchte, daß die Privatschulen keine anderen erzieherischen Ziele und keine anderen Aufgaben und Pflichten haben können, wie diejenigen Schulen, die ganz oder teilweise vom Staat unterhalten werden. Ich möchte alle jene von einem Irrtum befreien, die da annehmen, daß die Privatschulen weniger nachdrücklich die in der ganzen Republik verpflichtenden Vorschriften und schulischen Bestimmungen zu beobachten brauchen. Derartige Erscheinungen, die glücklicherweise verhältnismäßig selten und fremden Einflüssen zuzuschreiben sind, denen sich die interessierten Personen und Gruppen nicht gehörig entgegenzustellen vermöchten, werden kategorisch bekämpft werden.“

Das Bestehen und die Entwicklung der Privatschulen, deren besondere Eigenart die enge Verbindung der privaten und sozialen Initiative mit den staatlichen Zielen und Aufgaben ist, sind in hohem Maße davon abhängig, ob diese Eigenart durch die Organisatoren und Inhaber dieser Schulen entsprechend eingeschärft und gepflegt wird. Endlich möchte ich feststellen, daß ich sowohl auf dem Gebiet des Schulwesens überhaupt als auch auf dem des Schulwesens für die nationalen Minderheiten im besonderen stets und systematisch danach streben werde, es zur Entleerung der einzelnen erzieherisch-schulischen Probleme und Ziele nicht kommen zu lassen, die allmählich die werdende Wirklichkeit mit sich bringt, damit sie nicht den Gegenstand von politischen Leidenschaften und Auseinandersetzungen bilden.“

Im Interesse der Republik und auf der Linie der gemeinsamen Bedürfnisse aller ihrer Bürger liegt entsprechend dem Geist und der Tradition der Geschichte des polnischen Volkes die Notwendigkeit, allen Bürgern nichtpolnischer Volkzugehörigkeit die Möglichkeit der positiven Entwicklung der kulturellen Werte zu sichern, die ihre gemeinsame Errungenschaft darstellen und die Festigung der Kraft und den Ausbau des polnischen Staates zum Ziele haben.“

Wenn ich von kulturellen Werten spreche, so habe ich selbstverständlich vor allem die Wissenschaft, die Literatur und die Kunst im Auge. In den Grenzen der bescheidenen finanziellen Möglichkeiten des Haushalts für Unterricht und Kunst genießen die wissenschaftlichen und künstlerischen Institutionen der nationalen Minderheiten den Schutz des Kultusministeriums.“

Im Anschluß hieran wies der Kultusminister auf die Verordnung des Staatspräsidenten über das Verhältnis des Staates zur Evangelisch-Augsburgischen Kirche hin und gab der Überzeugung Ausdruck, daß dieses Gesetz der Evangelisch-Augsburgischen Kirche eine erfolgreiche und freie Entwicklung gewährleisten werde, wovon sich bald diejenigen überzeugen würden, die über den Erlaß des Gesetzes nicht befriedigt waren.“

Die Schule.

In der Schulpflichtorganisation ist bereits in besonders bedeutungsvoller Weise die Rücksichtnahme auf die kulturellen Bedürfnisse der einzelnen Nationalitäten geltend gemacht worden, und die Regierung verschließt sich keineswegs einer weiteren Vertiefung. Im Rahmen der bisherigen Organisation, wo sich in der Selbstverwaltung vom Standpunkt der Interessen der nationalen oder der Minderheitengruppen Mängel zeigen, wird sich die Regierung um deren Beseitigung bemühen.“

Die Regierung hält konsequent an den Grundsätzen einer streng gerechten Minderheitenpolitik fest und wird sie den Interessen des Staates und der nationalen Minderheiten entsprechend entfallen und anpassen.“

Mit der Vorgehensweise dieser „Verständigungsaktion“ der Prager Regierung gegenüber der deutschen Volksgruppe in der Tschechoslowakei haben wir unsere Leser in dem ausschlußreichen Aufsatz „Englands Mahnung an Prag“ von Herbert Wagner in der letzten Sonntagsausgabe (Nr. 42 vom 21. d. M.) bekanntgemacht. Wir wiederholen kurz den wesentlichen Gang der Entwicklung:

Die englische Diplomatie war unruhig geworden. Nicht so sehr wegen der bedrohten Lage des Sudetendeutschums an sich, sondern, weil diese große Not die Spannung zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik für die englische Diplomatie und ihre kontinentalen Absichten unerträglich werden ließ. Nur deshalb wurden von englischer Seite Vorstellungen in Prag erhoben, die der dortigen Regierung nahelegten, den 3 1/2 Millionen Deutschen des jungen Nationalitäten-Staates entgegenzukommen. Die Tschechoslowakische Regierung sah sich genötigt, diese Vorstellungen nicht unbeachtet zu lassen. Anstatt aber mit der zu ihr in Opposition stehenden „Sudetendeutschen Partei“ Konrad Henleins zu verhandeln, die fast das gesamte Deutschtum der Republik umfaßt, und anstatt die Vorschläge der Führung dieser gewaltigen Bewegung entgegenzunehmen, hat die Prager Regierung sich nur mit den kleinen „aktivistischen“ Gruppen der deutschen Restparteien (Christlichsoziale, Landbund, Sozialdemokraten und Demokraten), die in der Regierung mit wenig Einflußmöglichkeiten vertreten sind, „verständigt“, natürlich nicht ohne die Absicht, dadurch der Henlein-Bewegung bei ihren Anhängern zu schaden.“

Das Ergebnis dieser Verhandlungen mit den Vertretern nur eines Viertels der sudetendeutschen Bevölkerung liegt in der oben wiedergegebenen offiziellen Auslassung des Tschechoslowakischen Press-Bureaus vor. Es handelt sich vorläufig nur um vorsichtig gefasste Versprechungen, die schon dadurch in gewisser Weise entwertet werden, daß man überall im Untergrund zu erkennen gibt, die bisherige Behandlung der Deutschen in der Tschechoslowakei sei eigentlich schon immer „ideal“ gewesen. Um des außenpolitischen Eindrucks willen sollte man vielleicht der Prager Regierung eine solche Fassung ihrer neuen Versprechungen zubilligen; doch weiß man auf Grund der bisherigen Praxis zur Genüge, daß solche schönen und mild gefassten Rahmen-Versprechungen wenig oder gar nichts nützen, wenn sich nicht der entschiedene Wille zur Wiedergutmachung dahinterstellt. Es kommt niemals auf die schönen Worte, es kommt nur auf die praktische Durchführung der verkündeten Absichten an!

Selbst die Presse der deutschen aktivistischen Rechtsparteien in der Tschechoslowakei nimmt deshalb die neuen Versprechungen ihrer Regierung nicht vorbehaltlos auf. Das Organ der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins „Die Zeit“ aber schreibt u. a.: „Das eine hat die sudetendeutsche Praxis eindeutig als Erfahrungsgrundgesetz herausgestellt: Versprechungen sind uninteressant, nur die Durchführung ist entscheidend! Die Durchführung liegt jedoch in den Händen von tausenden Beamten, die von der Welt nichts wissen, als das, was ihnen ihre Zeitungen in verzerrter Form vorsehen. Wenn es nichts Moyaleres geben kann, als die Regierung des Mangels an Fürsorge für die deutsche Wirtschaft zu beschuldigen, warum waren dann überhaupt Verhandlungen mit den Regierungen-Aktivisten notwendig? Die sozial- und kulturpolitischen Punkte sind so dehnbar gefaßt, daß eine Wertung entfallen muß.“

Zum Schluß unterstreichen wir die interessante Tatsache, daß in diesem grundsätzlichen für die Sudetendeutschen bestimmten Erlaß der Prager Regierung in betonter Form eine Besserung der Lage der kleinen polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei in Aussicht gestellt wird. Man sieht: Die Interessen der Volksgruppen in den von anderen Völkern beherrschten Staaten sind solidarisch. Wenn die Staatsmänner Europas dies begreifen, wenn auch alle Polen wissen, daß z. B. die Erklärungen ihres Kultusministers über das Schulwesen der in Polen siedelnden nationalen Minderheiten zugleich für das vom Bund für das Auslandspolenium betonte Schulwesen der polnischen Minderheiten in den europäischen Ländern bedeutungsvoll sind, dann werden die auf Geheiß und Verdrerb aneinander angewiesenen Völker Europas den wichtigsten Schritt zur Gesundung ihrer Verhältnisse getan haben. Einer muß nicht nur den anderen erziehen, sondern jeder muß um der Seinen willen — nicht so sehr in Versprechungen, als in der Tat! — Rücksicht auf den anderen nehmen; denn nur in gegenseitiger verständnisvoller Rücksichtnahme können Nachbarn friedlich und sicher nebeneinander wohnen!

Schreibweise von Straßennamen.

Der Reichs- und Preussische Minister des Innern hat Richtlinien über die vielfach umstrittene Schreibweise der Straßennamen herausgegeben, aus denen man recht ersieht, wie schwierig es ist, immer ein richtiges Deutsch zu schreiben. Es heißt da u. a.: Wird „Straße“ (Weg, Gasse, Brücke usw.) mit einem einzelnen Personen- oder Sachnamen verbunden, so werden beide Wörter zusammengeschrieben, z. B. Hindenburgstraße, Oderbrücke. Ist der Straßennamen als Eigenschaftswort von einem Orts-, Ländernamen und dergleichen abgeleitet, so ist stets getrennt ohne Bindestrich zu schreiben, z. B. Berliner Straße. Ist das Bestimmungswort dagegen unverändert geblieben, so darf der Straßennamen nicht getrennt werden: Maßstraße (dagegen Elsäßer Straße). Steht vor „Straße“ usw. ein Eigenschaftswort, so ist dieses groß und für sich zu schreiben, z. B. Breite Straße. Die Glieder einer Straßenbezeichnung werden durch Bindestrich gekoppelt, wenn Straße usw. mit zwei oder mehreren Eigennamen verbunden wird, z. B. Horst-Wessel-Straße. Stehen vor Wörtern wie Ufer, Graben, Wall, Ring usw. Eigenschaftswörter in Verbindung mit Verhältniswörtern, so ist wie folgt zu schreiben: „Am Alten Ring“, „Beim Grünen Teich“.

Was die Prager Regierung den Sudetendeutschen verspricht ...

Das Tschechoslowakische Pressbureau gibt folgende amtliche Mitteilung aus:

In dem Bestreben, dauernd zum gegenseitigen Verständnis unter den Völkern der Republik und zur Beseitigung alles dessen beizutragen, was die Bevölkerung des Staates in diesem Kreuzungspunkt nationaler Interessen in Mitteleuropa entzweiten könnte, hat die Tschechoslowakische Regierung den jetzigen Stand der Minderheitenpolitik in der Tschechoslowakei geprüft und in Anknüpfung an die Überlieferung (!) der tschechoslowakischen demokratischen Minderheitenpolitik deren weitere Richtlinien festgelegt. Ganz besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmet die Regierung der wirtschaftlichen Lage der von der Weltkrise in einzelnen Zweigen der Industrieerzeugung betroffenen Gegenden. Zufälligerweise sind diese Gebiete vorwiegend von Deutschen bewohnt. Die Tatsache, daß der Großteil der der Industrieerzeugung gewährten staatlichen Bürgschaften deutschen Unternehmungen bewilligt wurde, ist ein Beweis dafür, daß es nichts Unloyales geben kann, als der Regierung Mangel an Fürsorge für die deutsche Wirtschaft vorzuwerfen. Die Regierung investiert in die öffentlichen Arbeiten und Bauten in allen Gebieten des Staates gleichmäßig nach dem Bedarf und wird darauf achten, daß überall, also auch in den von den Deutschen bewohnten Gebieten in erster Linie örtliche Unternehmungen und Arbeiter beschäftigt werden. Den vergebenden Zentralbehörden wird die strenge Aufsicht über alle ihnen untergeordneten Organe auch in der Richtung aufgetragen, daß diesem Grundsatz der wirtschaftlichen Gerechtigkeit in vollem Umfang Genüge geleistet werde. Die Regierung macht besonders alle Organe auf deren persönliche Verantwortlichkeit hinsichtlich der Erfüllung dieser Weisungen aufmerksam, sowie auf die Folgen, welche aus der Verhinderung dieses dienstlichen Auftrages sich ergeben würden.“

Soziale Fürsorge.

Die Regierung wird bei der Durchführung der Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und der sozialen Gesundheitspflege nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die Größe der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gebieten in Betracht ziehen. Im Bereich der sozialen und gesundheitsfürsorglichen Jugendfürsorge wird die Regierung wie bisher darauf achten, daß mit der Leitung der Jugendfürsorge Angehörige des eigenen Volkes betraut werden, und wird bestrebt sein, die Einrichtungen der Jugendfürsorge sicherzustellen und weiter auszubauen.“

Praktische Gleichberechtigung im Staatsdienst.

Für die Aufnahme von Kräften in staatliche Dienste hat die Verfassungsurkunde der Tschechoslowakischen Republik im zweiten Absatz des § 128 die grundsätzliche Richtlinie aufgestellt, als sie erklärte, daß „ein Unterschied in der Religion, im Glauben, im Bekenntnis und in der Sprache keinem Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik in den Grenzen der allgemeinen Gesetze hinderlich ist, insbesondere, was den Eintritt in den öffentlichen Dienst, in Ämtern und Würden betrifft“. Neben diesem verfassungsmäßigen Grundsatz erkennt die Regierung

gleichermassen dauernde Gültigkeit dem Grundsatz zu, den sie einerseits zu ihrem eigenen gemacht hat und der gleichzeitig der von den zukünftigen internationalen Faktoren eingenommene Grundsatz ist, daß nämlich die bedingungslose Loyalität zum Staat die selbstverständliche Voraussetzung des Rechtes der nationalen Minderheiten ist. Die Regierung kann objektiv feststellen, daß sich die sittlichen Kräfte der tschechoslowakischen Staatlichkeit je weiter um so voller auch in der Richtung der schöpferischen Zusammenarbeit der Nationalitäten bewähren. Diese Tatsache wie auch die sich immer mehr verbreitende Kenntnis der Amtssprache ermöglicht der Regierung, einen weiteren Schritt in der Aufnahme von Angehörigen der nationalen Minderheiten in die Staatsdienste zu machen und in immer größerem Maß nicht allein auf die allgemeinen Qualifikations- und Regional-Interessen, sondern auch auf die Interessen der Minderheiten in der Richtung einer gerechten Proportionalität Rücksicht zu nehmen.“

Die Sprachenbedürfnisse der nationalen Minderheiten

im Verkehr mit den öffentlichen Behörden und Organen sind in dem bis zum äußersten durchgeführten Maß durch die verfassungsmäßigen Sprachengesetze gesichert. Die Regierung erachtet es als ein selbstverständliches Gebot der politischen Moral und Klugheit, daß die Gesetze der Republik für alle Sektoren der öffentlichen Verwaltungen vorbehaltlos erfüllt werden. Zu der Sprachverordnung über die Korrespondenz der Bezirke und einiger anderen Behörden mit Gemeinden, deren überwiegende Bevölkerungsmehrheit anderssprachig ist, hat die Regierung Maßnahmen getroffen, daß zu den in der amtlichen Sprache abgefaßten Vorschriften ohne besonderes Ansuchen und unentgeltlich Übersetzungen in der Minderheitensprache der Gemeinde beigelegt werden.“

Die Regierung ist bereit, das Ausmaß der Sprachprüfungen nach den tatsächlichen Bedürfnissen mit Rücksicht auf die Verwendung des Bewerbers im öffentlichen Dienst zu regeln und zur Ausgabe darauf bezüglicher Befehle beizutragen. Der Regierungsentwurf des Staatsvoranschlages wird der Ausdruck der Entschlossenheit der Tschechoslowakischen Regierung sein, daß die Staatspolitik der demokratischen Republik es als ihre große politische und moralische Aufgabe erachtet, bis zu ihrer äußersten finanziellen Möglichkeit die Bildung zu fördern, welche die schöne Tradition des tschechischen und des slowakischen Volkes ist, wie auch, und zwar im Geist der gebührenden Proportionalität die Bildung ihrer Mitbürger und Nationalitäten anderer Zunge, also nicht nur der Deutschen und der Magyaren, sondern aller nationalen Minderheiten. Die Regierung zieht auch die Mitbürger der polnischen Nationalität in Betracht. Da nunmehr in unsere Minderheitenpolitik auf diesem Gebiet keinerlei Einflüsse des Auslandes eingreifen, können wir im Einvernehmen mit unseren Mitbürgern polnischer Nationalität im Geist der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit das lösen, was eine Einigung völlig erfordert.“

Deutschlands Automobil-Industrie.

Die große Rede des Führers bei der Eröffnung der Automobil-Ausstellung in Berlin.

Bei der Eröffnung der Internationalen Auto-Ausstellung in Berlin hielt Reichsführer Adolf Hitler, wie wir bereits kurz mitteilten, eine bedeutende Rede über die Zukunft der deutschen Autoindustrie.

„Wenn wir nun nach vier Jahren die Resultate der Arbeit in der Motorisierung des Reichs überblicken, kann man wohl kaum mehr an der Wichtigkeit der damaligen Auffassung und des festher eingeschlagenen Weges zweifeln.“

Das Verkehrsbedürfnis eines so hoch entwickelten Volkes wie des deutschen ist nicht geringer, sondern genau so groß wie das Verkehrsbedürfnis ähnlicher anderer Nationen.

Ich möchte eine kurze Bilanz aufstellen über das, was in den letzten vier Jahren gelungen ist und das, was noch zu geschehen hat.

1. Es ist uns in diesen vier Jahren gelungen, zunächst das Verkehrsmittel des deutschen Volkes als solches für den Gedanken und die Notwendigkeit der Motorisierung aufzuklären.

2. Aus der allmählichen Änderung der Einstellung des deutschen Volkes dem Kraftwagen gegenüber entstand ein steigendes Interesse an all dem, was mit dem Kraftwagen und der Motorisierung zusammenhängt.

3. Aus dieser sich abzeichnenden Neueinstellung resultiert die allgemeine Haltung unseres Volkes dem Kraftwagen gegenüber. Das deutsche Volk ist deshalb heute nicht nur in seiner Gesetgebung, sondern auch in seiner Gesamteinstellung kraftwagenfreundlich geworden.

4. Unsere Motortechnik steht jetzt in ihren Leistungen mit in der ersten Reihe der Spitzenleistungen der ganzen Welt.

5. Es ist gelungen, für eine bestimmte Käuferschicht in Deutschland heute eine große Zahl von Wagen und Motorrädern hervorzubringen, die den besten ähnlichen Fabrikaten des Auslandes mindestens ebenbürtig sind.

6. Die deutschen Verkehrswege, Autostraßen und allgemeinen Straßen sind zum Teil überhaupt unvergleichliche, zum anderen Teil dem Ausland gegenüber wenigstens nicht mehr zurückbleibende.

7. Unsere sportlichen Leistungen sind die besten der Welt.

Ich möchte diesen erreichten Erfolgen oder auf alle Fälle in der Ausführung begründeten und gesicherten Taten nun gegenüberstellen die Aufgaben, die noch für die Zukunft zu lösen sind:

die letzten Voraussetzungen für die Produktion des neuen Volkswagens

1. Es ist nunmehr notwendig, die deutsche Automobilindustrie selbst zu einem klaren Versehen der ihr obliegenden Aufgaben zu bringen, das heißt innerhalb dieser Wirtschaft jene Expertenorganisation vorzunehmen, die die Rentabilität der Werke ermöglicht.

2. Es ist weiter notwendig, die deutsche Automobilindustrie selbst zu einem klaren Versehen der ihr obliegenden Aufgaben zu bringen, das heißt innerhalb dieser Wirtschaft jene Expertenorganisation vorzunehmen, die die Rentabilität der Werke ermöglicht.

3. Es ist weiter notwendig, die deutsche Automobilindustrie selbst zu einem klaren Versehen der ihr obliegenden Aufgaben zu bringen, das heißt innerhalb dieser Wirtschaft jene Expertenorganisation vorzunehmen, die die Rentabilität der Werke ermöglicht.

4. unsere allerhöchste Aufgabe, Deutschland von der Einfuhr jener Stoffe unabhängig zu machen, die für die Erhaltung und den weiteren Ausbau gerade dieser Produktion erforderlich sind.

5. Ich habe diese Arbeit in dem Vierjahresplan mit einer Reihe weiterer Aufgaben zusammengefaßt und verbunden. Die Lösung wird erfolgen, weil sie erfolgen muß!

6. Wenn ich dies voraussichere, dann will ich aber doch ganz kurz auf die vermeintlichen sachlichen Gegenstände eingehen, die vielleicht gegen eine solche Aufgabenstellung sprechen könnten.

7. Wenn ich dies voraussichere, dann will ich aber doch ganz kurz auf die vermeintlichen sachlichen Gegenstände eingehen, die vielleicht gegen eine solche Aufgabenstellung sprechen könnten.

8. Wenn ich dies voraussichere, dann will ich aber doch ganz kurz auf die vermeintlichen sachlichen Gegenstände eingehen, die vielleicht gegen eine solche Aufgabenstellung sprechen könnten.

9. Wenn ich dies voraussichere, dann will ich aber doch ganz kurz auf die vermeintlichen sachlichen Gegenstände eingehen, die vielleicht gegen eine solche Aufgabenstellung sprechen könnten.

10. Wenn ich dies voraussichere, dann will ich aber doch ganz kurz auf die vermeintlichen sachlichen Gegenstände eingehen, die vielleicht gegen eine solche Aufgabenstellung sprechen könnten.

11. Wenn ich dies voraussichere, dann will ich aber doch ganz kurz auf die vermeintlichen sachlichen Gegenstände eingehen, die vielleicht gegen eine solche Aufgabenstellung sprechen könnten.

12. Wenn ich dies voraussichere, dann will ich aber doch ganz kurz auf die vermeintlichen sachlichen Gegenstände eingehen, die vielleicht gegen eine solche Aufgabenstellung sprechen könnten.

- 1. Die Frage der Verwandlung von Kohle in Benzin ist gelöst. 2. Die Erzeugung des künstlichen Gummis ist ebenfalls gelungen und wird fabrikatorisch in einem großen Betrieb durchgeführt. 3. Die deutschen Eisenlager sind unbegrenzt.

Es ist daher mein unabänderlicher Entschluß, die deutsche Kraftverkehrsindustrie, die eine der größten Industrien unseres Volkes ist, von der Unsicherheit der internationalen Importe unabhängig zu machen und auf eine solide, sichere eigene Basis zu stellen.

in ein bis zwei Jahren im Treibstoff- und Gummibedarf vom Ausland unabhängig sein.

Und es darf keinen Zweifel geben: Entweder die sogenannte freie Wirtschaft ist fähig, diese Probleme zu lösen, oder sie ist nicht fähig, als freie Wirtschaft weiter zu bestehen!

Wenn wir diese Grundzüge in den letzten Jahren nicht durchgeführt hätten, dann würde es heute in Deutschland zu gehen, wie in verschiedenen anderen Ländern.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 23. Februar auf 5,9244 Plott festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardzins 6%.

Table with exchange rates for various cities: Berlin, London, Paris, etc.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, große Scheine 5,25 Pl., etc.

Effektenbörse.

Warschauer Effekten-Börse vom 22. Februar. Festverzinsliche Wertpapiere: 3proz. Prämien-Anleihe I. Em. 65,00, etc.

Produktenmarkt.

Amliche Notierungen der Wiener Getreidebörse vom 22. Februar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Wotn:

Table with grain prices: Weizen, Roggen, Gerste, etc.

Amliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 23. Februar. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen für 100 Kilo in Wotn):

Table with grain prices: Roggen, Weizen, Gerste, etc.

Amliche Notierungen der polnischen Warenmärkte am englischen Warenmarkt für 1 cmt. in engl. Sh.

London, 22. Februar. Amliche Notierungen am englischen Warenmarkt für 1 cmt. in engl. Sh.

London, 22. Februar. Amliche Notierungen am englischen Warenmarkt für 1 cmt. in engl. Sh.

London, 22. Februar. Amliche Notierungen am englischen Warenmarkt für 1 cmt. in engl. Sh.

London, 22. Februar. Amliche Notierungen am englischen Warenmarkt für 1 cmt. in engl. Sh.

London, 22. Februar. Amliche Notierungen am englischen Warenmarkt für 1 cmt. in engl. Sh.

eines Volkes nicht erfolgreich ablaufen kann. Im übrigen hat die Geschichte bewiesen, daß es der menschlichen Fähigkeit stets möglich war, neue Produktionsprozesse schon in kurzer Zeit zu verbessern und zu verbilligen.

Undem wir diese große Aufgabe der Sicherung unserer Rohstoffbasis übernehmen, handeln wir — möchten dies doch alle deutschen Unternehmer und Arbeiter begreifen! — gerade im Interesse nicht nur einer abstrakten deutschen Wirtschaft, sondern im Interesse der Unternehmer, sowie der Millionen deutscher Arbeiter.

Daß wir dabei nichts versäumen werden, um unsere internationalen Beziehungen auszubauen und den Handel zu vertiefen, ist ganz klar.

Ich glaube, daß gerade die Entwicklung des deutschen Kraftwagenexports ein Beispiel dafür ist, wie wenig man in diesem Staat von einer wirtschaftlichen Isolierung träumt!

Wir erleben gerade in diesen Tagen Beispiele eines wirtschaftlichen Denkens, das wir deutsche Nationalsozialisten in seiner ganzen Unlogik erkannt und abgelehnt haben.

In den nunmehr erreichten 61 Milliarden des heutigen deutschen Nationaleinkommens liegt eine unermeßliche Steigerung der deutschen Produktion begründet.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Unterzeichnung des deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.

Wie nachträglich aus Warschau gemeldet wird, erfolgte die Unterzeichnung des neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages am 20. Februar, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, in Berlin, sondern im polnischen Außenministerium in Warschau.